



Commune de BERTRANGE

BULL ETIN

08/25

CABOCUBA JAZZ | 20.03.2026

@ ArcA

Début: 20.00 heures

Entrée: 20 € / Kulturpass: 1,50 €

Info & Tickets: www.arca.lu

GROUSS BOTZ | 21.03.2026

@ Centre Atert

Début: 09.30 heures

THE DANSANT | 22.03.2026

@ Centre Atert

Organisation: Club Am Schlass

De 14.30 à 19.00 heures

Entrée gratuite

Plus d'informations: 26 312 - 250/255

THEM LIGHTS | 27.03.2026

@ ArcA

Début: 20.00 heures

Entrée: 20 € / Kulturpass: 1,50 €

Info & Tickets: www.arca.lu

AGENDA

QUIZOWEND | 28.03.2026

@ Centre Atert

Organisation: Bartrenger Guiden a Scouten

De 18.30 à 22.00 heures

Infos: www.lgsbartreng.lu

BICHERBUS | 01.04.2026

Bibliothèque sur roues

@ rue Atert, 10.30 – 11.20 Auer

EXPOSITION – MICHAEL MASSART |

17.04 – 20.04.2026

@ Maison Schauwenburg

Vernissage : 17.04.2026 à 19.00 heures

Ouvertures :

18.04.2026 : 14.00 – 19.00 heures

19.04.2026 : 14.00 – 18.00 heures

20.04.2026 : 14.00 – 18.00 heures

Entrée gratuite

LES ONS AND FRIENDS | 22.04.2026

@ ArcA

Début: 20.00 heures

Entrée: 20 € / Kulturpass: 1,50 €

Info & Tickets: www.arca.lu



DER GEMEINDERAT

DP



Youri De Smet *(Bürgermeister)*



Marc Lang *(Schöffe)*



Frank Colabianchi *(Gemeinderat)*



Monique Smit-Thijs *(Gemeinderat)*



Francine Moro Oliveira Costa *(Gemeinderat)*



Nadine Philippe *(Gemeinderat)*



Mariette Gallmeister *(Gemeinderat)*

Déi Gréng



Roger Miller *(Schöffe)*



Stefan Glober *(Gemeinderat)*

CSV



Nadine Schares *(Gemeinderat)*



Guy Weirich *(Gemeinderat)*



Marc Rauchs *(Gemeinderat)*

LSAP



Yolande Schuster *(Gemeinderat)*



BERICHT ÜBER DIE GEMEINDERATSSITZUNG

VOM 28. NOVEMBER 2025 UM 08.30 UHR

Anwesend:

DP

Youri DE SMET (Bürgermeister)
Marc LANG (Schöffe)
Frank COLABIANCHI (Rat)
Francine MORO (Rätin)
Nadine PHILIPPE (Rätin)
Marianne GALLMEISTER (Rätin)

déi gréng

Roger MILLER (Schöffe)
Stefan GLOBER (Rat)

LSAP

Yolande SCHUSTER (Rätin)

CSV

Guy WEIRICH (Rat)
Marc RAUCHS (Rat)

Sophie HUMBERT (stellvertretende Gemeindesekretärin)

Entschuldigt: Monique SMIT-THIJS (Rätin/DP, Stimmrechtsvertretung an
Bürgermeister De Smet für die Punkte 1; 3-7; 9-12); Nadine SCHARES (Rätin/
CSV, Stimmrechtsvertretung an Rat Weirich für die Punkte 1; 3-7; 9-12)

Tagesordnung

In öffentlicher Sitzung:

01. | Genehmigung der Tagesordnung

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

02. | Personalwesen
A. SEA: Einstellung von Gemeindeangestellten

In öffentlicher Sitzung:

03. | Informationen und Korrespondenz
04. | Verordnungen
A. Interne Verordnung des Gemeinderats, der gesetzlichen und der
beratenden Kommissionen der Gemeinde Bartringen: Anpassung
B. Verordnung über die Organisation des Dienstes für ältere Bürger:
Aufhebung
C. Gemeindeverordnung über die Bereitstellung eines Kleinbusses:
Anpassung
05. | Konventionen, Verträge und notarielle Akte
A. Verordnung über die Organisation des Dienstes für ältere Bürger:
Genehmigung
B. Vereinbarungen über finanzielle Beteiligungen – bezahlbarer
Wohnraum: Genehmigung
C. Partnerschaftsvereinbarung What Water a.s.b.l.: Genehmigung

D. Vereinbarung Youth & Work: Genehmigung
E. Allgemeine Vereinbarung für Praktika: Genehmigung
F. Partnerschaftsvereinbarung MEGA-PLUS: Genehmigung
G. Mietvertrag für bezahlbaren Wohnraum: Genehmigung
H. Mietverträge für ein Photovoltaik-Projekt auf einem Dach:
Genehmigung
I. Pachtvertrag: Genehmigung
J. Notarielle Urkunde über einen Tausch ohne Ausgleichszahlung:
Genehmigung
K. Nachtrag zur Vereinbarung über einen Tausch ohne
Ausgleichszahlung: Genehmigung
L. Notarielle Urkunde über den Kauf von zwei Wohnungen:
Genehmigung
M. Notarielle Urkunde über die unentgeltliche Übertragung:
Genehmigung
06. | Projekte
A. Zusätzlicher Kostenvoranschlag für den Bau des neuen SEA „bei der
Gemeng“: Genehmigung
07. | Finanzen
A. Abrechnungen für außerordentliche Arbeiten: Genehmigung
08. | Beratende Kommissionen
A. Gründung der SEA-Beratungskommission
B. SEA-Beratungskommission: Ernennung der Mitglieder



09. | Natur

- A. Bewirtschaftungsplan für die Gemeindewälder – Geschäftsjahr 2026: Genehmigung
- B. SICONA: Genehmigung des Aktionsprogramms 2026
- C. Kostenvoranschlag für die Instandsetzung der Landstraßen: Genehmigung

10. | Regional Museksschoul Westen

- A. Angepasste Schulorganisation 2025/2026: Genehmigung
- B. Anpassung der Vereinbarung mit der UGDA: Genehmigung

11. | Verkehr

- A. Bestätigung von Notfall Verkehrsregelungen: Bestätigung

12. | Verschiedenes

- A. Hilfe für die Opfer auf den Philippinen

In öffentlicher Sitzung:

01. Genehmigung der Tagesordnung

Bürgermeister De Smet fragt, ob die Gemeinderäte die Tagesordnung genehmigen.

Der Gemeinderat genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit:

02. Personalwesen

A. SEA: Einstellung von Gemeindeangestellten

Da die Beratung in geschlossener Sitzung stattfand, bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass an dieser Stelle keine Angaben gemacht werden. (Anm. der Redaktion)

In öffentlicher Sitzung:

03. Informationen und Korrespondenz

Bürgermeister De Smet gibt an, dass Marta Coelho Rodrigues und Evelyn Giese als Erzieher und Meggy Muller, Inès Notarnicola sowie João Marques Rodrigues als Hilfserzieher für die Belange des SEA eingestellt wurden. Diese beginnen ihren Dienst zum 1. Januar respektive 1. Februar 2026.

Des Weiteren erklärt Bürgermeister De Smet, dass:

- man den angepassten Haushalt 2025 sowie den Haushalt 2026 vom gemeinsamen Sozialamt in Mamer erhalten habe. Der angepasste Haushalt 2025 werde mit einem Bonus von rund 70.000 Euro in ordentlichen und 2500 Euro im außerordentlichen Haushalt abgeschlossen. Vergleiche man die beiden Haushalte, falle auf, dass es im Jahr 2026 sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite zu deutlichen Steigerungen komme. Dies sei darauf zurückzuführen, dass in der Gemeinde Mamer ein Projekt mit 19 Wohnungen fertiggestellt werde, die vom Sozialamt verwaltet werden. Dadurch werde der Haushalt entsprechend beeinflusst. Der Beitrag der Gemeinde Bartringen belaufe sich auf 166.438,06 € für 2025 und auf 176.396,67 € für 2026. Bürgermeister De Smet bedankt sich beim gesamten Personal für die tagtäglich geleistete Arbeit.

Die Einwohnerzahl beläuft sich auf den Tag auf 9.465 Personen.

Der Kassenstand beträgt 17,9 Millionen Euro.

04. Verordnungen

A. Interne Verordnung des Gemeinderats, der gesetzlichen und der beratenden Kommissionen der Gemeinde Bartringen: Anpassung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass die interne Verordnung die Funktionsweise des Gemeinderats und der jeweiligen Kommissionen regelt. Es handle sich um ein Regelwerk, das regelmäßig angepasst werden müsse, um mit der Zeit Schritt zu halten. Daher schlage der Schöffenrat dem Gemeinderat mehrere Änderungen vor, die auch bereits in einer Arbeitssitzung vorgestellt und besprochen wurden. Auf die Punkte, die man anpassen wolle, werde er im Folgenden eingehen. Die größte Änderung betreffe die Anpassung aufgrund der Einführung der audiovisuellen Übertragung, also des Streams, den die Bürger als Video verfolgen könnten. Man habe daher auch die Impactanalyse bezüglich des Datenschutzes überarbeitet. Dies betreffe vor allem Drittpersonen, die an den Sitzungen des Gemeinderates teilnehmen und angeben müssen, ob sie gefilmt werden möchten oder nicht. Die Aufzeichnungen der Gemeinderatssitzungen seien für die Dauer von 6 Jahren, sprich eine Legislaturperiode, online verfügbar. Ein weiterer Punkt sei, dass Dokumente der Gemeinderatssitzungen online eingesehen werden können. Dies werde zwar schon seit Covid praktiziert, sei nun aber auch schriftlich festgehalten worden. Das Gesetz sehe auch die Stimmabgabe per Vollmacht vor, die ebenfalls in der internen Verordnung übernommen werde. Die Sitzordnung des Gemeinderates werde vom Gemeinderat selbst festgelegt. Auch seien redaktionelle Anpassungen und Präzisierungen vorgenommen worden. Auch werde das Gemeindeblatt sowie die Internetveröffentlichungen über die interne Verordnung geregelt. Dies beinhalte die Veröffentlichung in drei Sprachen, nämlich Deutsch, Französisch und Englisch und eine Zusammenfassung der Wortmeldungen der Gemeinderatssitzungen. Zudem werde das Gemeindeblatt eine Überarbeitung erhalten und der Inhalt werde sich in Richtung eines Magazins entwickeln, das stärker über Gemeindeprojekte und -dienste, Vereine, Kultur und Schule berichte, um den Bürgern ihr Dorf näherzubringen. Derzeit arbeite man an dieser Umgestaltung, die jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Das Magazin solle eine moderne Kommunikation mit den Bartringer Bürgern entsprechen. An der Funktionsweise der Kommissionen wurde nichts verändert, da ein Gesetzesentwurf in der Vorbereitung sei, der noch verschiedene Änderungen mit sich bringen werde.

Rat Rauchs wolle nachfragen, ob der Bericht in seiner ursprünglichen Form noch immer online abrufbar sei und nur in der verkürzten Form gedruckt werde. Es sei wichtig für die Oppositionsparteien, dass diese Plattform nicht gänzlich verschwinde. Die Idee des Magazins befürworte er, dies sei eine modernere Herangehensweise. Werde man hier weitere Sprachen aufgreifen oder bleibe es bei Deutsch, Französisch und Englisch. Solle man sich hier die Tür mit dieser konkreten Aufzählung schließen? Betreffend den Punkt „Informationen und Korrespondenz“ sei weiterhin nicht vorgesehen, dass die Gemeinderäte Fragen stellen oder Stellungnahmen vornehmen könnten. Dies finde er schade, da man dadurch interessante Themen oftmals nicht vertiefen könne.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass nur noch das verfasst werde, was mit dem entsprechenden Punkt der Tagesordnung zu tun habe. Ausschweifende Diskussionen werden nicht mehr zu Papier gebracht. Weitere Sprachen seien zurzeit nicht vorgesehen. Die interne Verordnung könne man jederzeit wieder anpassen. Bezüglich des Punktes „Information und Korrespondenz“, bestehe grundsätzlich die Möglichkeit entsprechende Fragen formell beim Schöffenrat einzureichen, die gezielt vorbereitet, geprüft und fundiert beantwortet werden können. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die

Anliegen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern tatsächlich inhaltlich behandelt werden, was letztlich auch im Interesse der Bürger liegt.

Rat Colabianchi fügt an, dass man der Opposition noch nie einen Maulkorb verpasst habe. Man sei eine der wenigen Gemeinden, die seit den 80er Jahren, einen analytischen Bericht der Gemeinderatssitzungen verfasse. Vor der Publikation des Berichtes hat bis jetzt auch jedes Gemeinderatsmitglied Einsicht und sogar die Möglichkeit zu etwaigen Verbesserungen gehabt. Barringen sei auch eine der ersten Gemeinden gewesen, die den Bericht in mehreren Sprachen herausgegeben habe. Zudem werde man die Sitzungen weiterhin online lesen können und nun, dank des Streams, auch noch online anschauen respektive abhören können, was eine zusätzliche Informationsquelle darstelle. Betreffend den von Rat Rauchs angesprochen Punkt bezüglich „Informationen und Korrespondenz“, werde zukünftig absolut nichts ändern.

Rat Glober merkt an, dass es durch den Stream der Sitzungen für den Bürger leichter werde, sich diese mittels KI in eine der von ihm bevorzugten Sprachen übersetzen zu lassen.

Rätin Schuster dankt Bürgermeister De Smet für die Erklärungen und hält fest, dass ihre Frage bezüglich der Zusammenfassung der Wortmeldungen der Gemeinderatssitzungen nun verständlicher sei. Sie finde ein Magazin in A4-Format besser und ansprechender für die Bürger. Es sei handlicher, moderner, bunter, lebendiger und zeitgemäßer. In Punkto Sprachen könne man es nicht jedem recht machen, wenn man bedenke, dass über 110 verschiedene Nationen in der Gemeinde vertreten seien. Mit Blick auf die Nachhaltigkeit solle das Magazin kompakt sein und sich auf wesentliche Informationen zum Gemeindegeschehen und administrative Abläufe konzentrieren. Auch der Livestream ein wertvolles Instrument, das einen barrierefreien Zugang zu Informationen für blinde Mitbürger biete. Anschließend greift sie ihren Vorschlag aus der „Commission des Projets Communaux“ auf: man solle den Bürgern künftig die Wahlfreiheit lassen, ob sie das Gemeindeblatt „Buet“ weiterhin in Papierform oder ausschließlich digital beziehen möchten.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man nicht jeden zufriedenstellen könne. Die Idee sei, so viele Bürger als möglich zu erreichen, die Gemeindedienste näher an den Bürger zu bringen und auch den Vereinen zu mehr Sichtbarkeit zu verhelfen. Wie die Resonanz sei, müsse man abwarten. Man bleibe vorerst bei der Printversion, zu einem späteren Zeitpunkt könne man dies je nach Wunsch auch abbestellen und das Magazin nur noch digital einsehen.

Schöffe Miller geht auf die Aussage von Rat Rauchs betreffend die Sprachen ein. Die Rückmeldungen seien nicht aussagekräftig gewesen. Als Luxemburger könne man sich meist in drei Sprachen verständigen, so dass die Publikationen in den drei vorgesehenen Sprachen ausreichend seien.

Rat Weirich merkt an, dass er der Aussage von Rat Colabianchi zustimme. Die Gemeinderatssitzungen seien stets demokratisch abgelaufen und der Bericht sei stets komplett abgedruckt worden. Man wolle nun keinen Rückschritt, dies sei nun geklärt worden. Betreffend den Punkt „Informationen“ werde man auch von den Bürgern darauf angesprochen, warum hier keiner eine Stellungnahme vornehme. Er verstehe nicht ganz, wie man eine Frage resümieren könne, ohne dass diese den Sinn verliere. Er zeigt sich erfreut darüber, dass man nun den Weg des Streams gehe. Die Frage nach diesem sei schon 2023 nach den Wahlen laut geworden. In Bezug auf das neue Magazin sei seine Fraktion offen für eine konstruktive Mitarbeit.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass die Form des Magazins noch in den Anfangsschuhen stecke. Nun müsse man die Ideen bündeln und die richtige Balance finden. Man werde dem Gemeinderat dies auch vorstellen. Die

Fragen sollen so kurz wie möglich sein, ebenso die Antworten. Man solle nicht ausschweifen, sondern sich in einem gewissen Rahmen bewegen. Man werde die interne Verordnung auch weiterhin bei Bedarf anpassen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Verordnung über die Organisation des Dienstes für ältere Bürger: Aufhebung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hier um die Aufhebung der Regelung betreffend die Organisation des Dienstes für ältere Mitbürger, sowie für Personen mit körperlichen Einschränkungen handele, die man seit mittlerweile 15 Jahren anbiete. Diese Verordnung solle abgeschafft werden, da der Dienst über eine neue Konvention geregelt werden solle.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

C. Gemeindeverordnung über die Bereitstellung eines Kleinbusses: Anpassung

Bürgermeister De Smet führt aus, dass man bereits in der Gemeinderatssitzung vom 26. September 2025 die Verordnung bezüglich der Bereitstellung eines Minibusses gestimmt habe, die ab dem 1. Januar 2026 in Kraft trete und den Vereinen zugutekomme. Bei der nun vorliegenden Anpassung handele es sich um den Bereich, der die Versicherung und Haftung abdecke. Man wolle somit verhindern, dass sich die Vereine in einer Grauzone befinden. Man sehe eine Selbstbeteiligung in Höhe von 500 Euro vor, damit sich jeder Verein seiner Verantwortung bewusst sei. Dies stelle zudem eine Absicherung dar, um im Schadensfall nicht zu tief in die Tasche greifen zu müssen. Sollte die Versicherung den Schaden nicht übernehmen wollen, weil der Fahrer schuldhaft gehandelt habe, insbesondere unter Alkoholeinfluss oder bei jedem anderen Verhalten, das den Versicherungsbedingungen nicht entspreche, so sei der betreffende Verein verpflichtet, die Kosten selbst zu tragen.

Rat Rauchs fragt nach, ob die Summe von 500 Euro über die Versicherung verlangt werde oder ob der Schöffenrat über diese entschieden habe? Ab wann trete diese Verordnung in Kraft?

Bürgermeister De Smet antwortet, dass der Schöffenrat diese Summe selbst festgelegt habe. Der Dienst sei ab dem 1. Januar 2026 verfügbar und werde den Vereinen auch beim Freiwilligen-Abend vorgestellt.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

05. Konventionen, Verträge und notarielle Akte

A. Vereinbarung über die Organisation des Dienstes für ältere Bürger: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um die neue Konvention mit der „Solina Aarbechtshëllef asbl“ handele. Diesen Dienst, der Gartenarbeiten, kleinere Reparaturarbeiten, Reinigungsarbeiten sowie einen Waschkdienst anbiete, stelle man den Bürgern bereits seit 15 Jahren zur Verfügung. Der Grund für diese neue Konvention sei eine Anfrage des Arbeitsministeriums nach einer transparenteren und detaillierteren Tarifgestaltung. Ziel sei es außerdem, dass es für die Bürger, die den Dienst in Anspruch nehmen, nicht teurer werde. Im Gegenteil, man wolle damit besonders die älteren Mitbürger sowie die Personen unterstützen, die diese Arbeiten aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr selbst erledigen können. Die Änderungen betreffen die Tarifregelung. Bisher sei der gleiche Stundenlohn

verrechnet worden, egal ob es sich um einen Vorarbeiter oder einen Arbeiter gehandelt habe. Insgesamt sei es gelungen, eine Tarifstruktur aufzustellen, die die bisherige Tarifgestaltung widerspiegele, ohne dass die Kunden tiefer in die Tasche greifen müssten. Darüber hinaus sei man noch einen Schritt weiter gegangen und habe die Stunden, die von der Gemeinde übernommen werden, von 16 auf 20 Stunden pro Monat erhöht. Sprich die Gemeinde übernehme bei Garten-, Unterhalts- sowie kleinen Reparaturarbeiten die vollständigen Anfahrtskosten, den vollständigen Materialpauschalbetrag, die Kosten im Zusammenhang mit dem Transport zum Wertstoffhof, die Hälfte der Kosten für das Leasing eines Kleintransporters, die vollständigen Verwaltungskosten sowie 5 Euro pro Arbeiter und Stunde, unabhängig davon, ob es sich um einen Vorarbeiter oder einen Arbeiter handle. Betreffend Haushaltsarbeiten übernehme die Gemeinde die Fahrkosten, den Materialpauschalbetrag sowie die Verwaltungskosten vollständig. Außerdem bezahle man hier 7 Euro pro Arbeiter und Stunde. Die betroffenen Personen werde man per Schreiben über diese Änderungen informieren. Auf der Rechnung werde ebenfalls detailliert aufgeführt, welche Kosten von der Gemeinde übernommen werden und welche zu Lasten der Begünstigten gehen.

Rat Rauchs möchte wissen, wie man die anderen Bürger über diese Änderung informieren werde. Zudem wolle er fragen, wie viele Personen diesen Dienst nutzen.

Bürgermeister De Smet gibt an, dass man dies im Gemeindeblatt veröffentlichen werde. Auch Solina selbst werde seine Kunden informieren. Außerdem beziehe die Vereinigung auch eines der neuen Lokale im Dorfkern und erhalte dadurch auch mehr Sichtbarkeit. Im Jahr 2024 hätten 74 Bürger mit rund 700 Interventionen diesen Dienst in Anspruch genommen. Im Haushalt 2026 seien 65.000 Euro für diesen Posten vorgesehen.

Rätin Schuster merkt an, dass es sich hierbei um eine gute Initiative handle und gute Arbeit geleistet werde. Käme es öfters vor, dass nicht bezahlt werde?

Bürgermeister De Smet antwortet, dass dies nicht der Fall sei.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. Vereinbarungen über finanzielle Beteiligungen – bezahlbarer Wohnraum: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass zwei Konventionen über den Kauf von insgesamt drei Wohnungen abgeschlossen wurden, für die im Rahmen der „Aide à la Pierre“ finanzielle Beihilfen beantragt wurden. Diese Konventionen seien zwischen dem Staat, vertreten durch das Wohnungsbauministerium und der Gemeinde Bartringen, als sozialen Bauträger, abgeschlossen worden. Sie regeln die Zweckbestimmung der Wohnungen, die Bedingungen für deren Vergabe, die finanzielle Unterstützung sowie die Entschädigung für den öffentlichen Dienst. Die Wohnungen werden im RENLA eingetragen, was ohnehin vorgesehen sei. Bezahlbarer Wohnraum bedeute auch bezahlbare Mieten, weshalb sich die Gemeinde verpflichte, diese Wohnungen für die gesamte Dauer ihres Bestehens zu erschwinglichen Mietpreisen zu vermieten. Die finanzielle Beihilfe belaufe sich für die Wohnung in der Siedlung Pourpelt, in der rue des Celtes, auf 466.179 Euro und für die zwei Wohnungen in der Siedlung Rilsper, in der rue des Platanes, auf insgesamt 808.130 Euro. Dies entspreche 75 Prozent der förderfähigen Kosten. Beim Grundstücksanteil falle der finanzielle Aufwand für die Gemeinde höher aus, dennoch habe man sich bewusst dazu verpflichtet, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und übernehme diese Verantwortung auch dann, wenn dafür zusätzliche finanzielle Mittel aufgebracht werden müssten. Zusätzlich erhalte die Gemeinde eine Entschädigung für den öffentlichen Dienst. Diese betrage

für die Wohnung in Pourpelt 155.939 Euro und für die Wohnungen in Rilsper 269.377 Euro.

Rat Rauchs fragt nach warum man jetzt erst die Zuschüsse beantrage, da man die Wohnungen ja bereits gekauft habe? Sei dies der normale Weg? Sei die Gemeinde mittlerweile „promoteur social“?

Bürgermeister De Smet bejaht die Prozedur. Man könne die Zuschüsse beantragen, wenn die Wohnungen vermietet seien. Promoteur social sei nur ein Begriff, den man nicht mit Sozial-Vermieter verwechseln dürfe.

Rat Colabianchi merkt an, dass die neue Prozedur wesentlich einfacher sei.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Partnerschaftsvereinbarung What Water a.s.b.l.: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich hier um eine Konvention mit der Organisation „What Water“ handle. „What Water“ sei eine Organisation, die Kunst als universelle Sprache nutze, um auf die weltweite Wasserkrise aufmerksam zu machen und gleichzeitig konkrete Lösungen zu finanzieren, unter anderem durch die Schaffung eines direkten Zugangs zu sauberem Trinkwasser. Weltweit haben rund 800 Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Die Mission der Organisation sei es, bis zum Jahr 2030 acht Millionen Menschen mit sauberem Trinkwasser zu versorgen und damit einen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Vereinten Nationen zu leisten. Die Aktivitäten von „What Water“ konzentrieren sich vor allem auf Zentralafrika, wo Bohrungen, Brunnen, Wassertürme sowie digitale, intelligente Wassertürme errichtet werden. Da es der Gemeinde Bartringen schon immer ein wichtiges Anliegen war, Entwicklungs- und Kooperationsarbeit zu unterstützen, wolle man dieses Engagement mit dieser Konvention fortsetzen. Wenn man berücksichtige, dass die Vereinten Nationen das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitäranlagen erst im Jahr 2010 offiziell anerkannt haben, werde umso deutlicher, wie wichtig es sei, dass auch Gemeinden solche Initiativen aktiv unterstützen. „What Water“ habe seinen Sitz in Luxemburg. Die Finanzierung der Organisation erfolge hauptsächlich über privates und betriebliches Sponsoring, Partnerschaften, den Verkauf von Kunstwerken bei Veranstaltungen, die afrikanische und europäische Künstler zusammenbringen, sowie über Spenden von Mäzenen und Unternehmen. Die Einnahmen aus dem Kunstverkauf werden zu 50 Prozent in Wasserprojekte investiert und zu 50 Prozent an die beteiligten Künstler ausgeschüttet. Konkret werde die Gemeinde Bartringen den Bau von zwei solarbetriebenen Wassertürmen in der Gemeinde Fouban in Kamerun mitfinanzieren. Darüber hinaus sollen mit den bereitgestellten Mitteln drei Personen ausgebildet werden, die für die Verwaltung und den Unterhalt der Anlagen verantwortlich sind. Gleichzeitig solle die lokale Bevölkerung, insbesondere die Jugend, für das Thema Wasser sensibilisiert werden. Das Projekt trage den Namen „Opération Mélusine pour Fouban“. Die Gemeinde Bartringen verpflichte sich, einen Betrag von 30.000 Euro an „What Water“ zu überweisen; die detaillierte Kostenaufstellung sei in der Konvention festgehalten. Hervorzuheben sei, dass auch die lokalen Verantwortlichen einen finanziellen Beitrag leisten und 50 Prozent der Projektkosten übernehmen. Die Konvention lege zudem fest, wie viele Menschen in den beiden betroffenen Ortschaften von dieser Infrastruktur profitieren werden. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser als fundamentales Menschenrecht sollte unterstützt werden, weshalb man davon überzeugt sei, dass dieses Projekt einen wertvollen und nachhaltigen Beitrag leisten werde.

Rat Weirich gibt an, dass seine Fraktion dieses Projekt begrüße. Der Zugang zu sauberem Wasser sei enorm wichtig. Hier gehe es nicht nur darum, einen Zugang zu Wasser zu schaffen, sondern auch die Bürger im Umgang damit

zu schulen. Hier habe jeder seine Verantwortung zu tragen, nicht nur das Kooperationsministerium. So nehme auch die Gemeinde Bartringen ihre Verantwortung wahr.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass man bei der Zusammenkunft mit der Vereinigung auch nach den Zuschüssen des zuständigen Ministeriums gefragt habe. Aktuell erhalten diese noch keine Zuschüsse, da die Vereinigung noch nicht die richtige juristische Form habe, um vom Ministerium unterstützt zu werden. Dies sei nun ein guter Anfang, man könne bei gutem Gelingen jederzeit noch weitere Gelder stiften.

Rat Colabianchi führt aus, dass es sich hier um ein interessantes Projekt handle. Ihm gefalle zudem die Vorgehensweise des Schöffensrates, mit einem bestimmten Betrag anzufangen. Diesen könne man gegebenenfalls später immer noch erhöhen. Die mögliche Beteiligung des Ministeriums stelle eine zusätzliche Sicherheit dar. Die Vereinigung sei selbst vor Ort, was besonders in Kamerun wichtig sei, da dort die Korruption leider bekanntlich auf einem sehr hohen Niveau liege. Somit könne man sicher sein, dass das Geld auch am richtigen Ort ankomme.

Schöffe Miller merkt an, dass dieses Projekt gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestemmt werde. Dies sei ein großer Vorteil zu anderen, früheren Vorgehensweisen.

Schöffe Lang ergänzt, dass das Projekt auch von großen Namen wie Yannick Noah unterstützt werde, sowie auch von großen luxemburgischen Firmen wie Arendt&Medernach.

Rätin Schuster gibt an, dass Trinkwasser für jeden zugänglich sein müsste. Umso wichtiger sei es, solche Projekte zu unterstützen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

D. Vereinbarung Youth & Work: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hierbei um die Umwandlung der bestehenden Konvention in einen Leistungsvertrag mit Youth & Work handle. Die EU-Vorschriften verlangen, dass jede öffentliche Finanzierung eines Dienstleisters rechtlich abgesichert sei, damit sie nicht als staatliche Beihilfe gelte, die gegen das Wettbewerbsrecht verstoße. Ziel dieser Konvention sei es daher, die Kosten sowie die Berechnung der Kompensation klar und transparent zu definieren. Die Kompensation dürfe ausschließlich den tatsächlich entstandenen Kosten entsprechen, und es müssten entsprechende Kontrollmechanismen vorgesehen werden, um eine Überkompensation zu vermeiden. Für die Gemeinde sowie für die jungen Menschen, die diese Dienstleistung in Anspruch nehmen, ändere sich in diesem Zusammenhang nichts. Auch aus budgetärer Sicht bewege man sich immer noch innerhalb des finanziellen Rahmens, der bereits im vergangenen Jahr zur Verfügung gestellt wurde; die entsprechende finanzielle Aufstellung wurde ebenfalls vorgestellt. Die vorgesehenen Finanzkontrollmechanismen beinhalten die Erstellung von Abrechnungen sowie – und dies sei eine Neuerung – die Überprüfung durch einen externen Auditor. Die Konvention habe eine maximale Laufzeit von zehn Jahren ab dem 1. Januar 2026 und könne jährlich mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten aufgelöst werden. Die offizielle Jugendarbeitslosenquote liege derzeit bei 19,8 Prozent. Die tatsächlichen Zahlen dürften jedoch aufgrund nicht erfasster Fälle deutlich höher liegen.

Rat Rauchs merkt an, dass man bislang stets bei etwa sieben Jugendlichen gewesen sei, die diesen Dienst in Anspruch genommen hätten. Mit dem vorgesehenen Haushalt sei die Betreuung von rund vierzehn Jugendlichen gesichert. Sei einsehbar, wer wie viel Coaching brauche und erhalte?

Bürgermeister De Smet antwortet, dass die Betreuung individuell angepasst werde. Der Jugendliche müsse selbst den Schritt machen und den Dienst in Anspruch nehmen. Dann werde seine Situation ausgewertet und er werde in seiner Vorgehensweise unterstützt.

Rätin Schuster halte es für eine gute Initiative, jungen Menschen beim Einstieg in das Berufsleben zu helfen, die die Schule abgebrochen oder ihre Arbeit verloren haben. Oft sei nicht allein die Arbeitssuche das Problem, sondern andere Schwierigkeiten im Alltag. Sie gehe davon aus, dass die Dunkelziffer an Fällen höher liege als man denke. Sie begrüßt die erneute Unterzeichnung der Konvention von 10 Jahren. Rätin Schuster wirft die Frage auf, ob der Dienst bei allen Jugendlichen hinreichend bekannt sei. Man solle die Bekanntheit weiter steigern, damit das Angebot flächendeckend von allen potenziellen Betroffenen genutzt werden könne.

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Sozialamt und Youth and Work statfinde. Wie man die Information besser unter den Jugendlichen verbreite, daran arbeite man noch, da eine Veröffentlichung im Gemeindeblatt wenig Sinn ergebe. Viele fallen auch durch das Raster, da sie nirgends erfasst werden. Dies mache die Situation nicht einfacher.

Rat Glober gibt an, dass man dies später dann im Magazin veröffentlichen könne.

Schöffe Lang erklärt, dass auch die offiziellen Zahlen betreffend die Arbeitslosigkeit erschreckend hoch seien. Meist seien familiäre Probleme die Hauptursache, denen man auf den Grund gehe müsse, bevor man mit der Stellensuche beginnen könne.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

E. Allgemeine Vereinbarung für Praktika: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass dieser Punkt die GED – Sektion der Ausbildung zum Erzieher sowie eine Konvention zwischen dem Lycée technique pour professions éducatives et sociales (LTPES) und der Gemeinde Bartringen betreffe. Die Konvention regle die Betreuung und Begleitung der Schüler aus der Erzieherausbildung des LTPES, die ihre Praktika in den Einrichtungen der Gemeinde absolvieren. Ziel sei es, klare Verantwortlichkeiten festzulegen und eine gemeinsame Grundlage für die Betreuung der Praktikanten zu schaffen. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Änderungen am Code du travail vorgenommen, die sich auch in dieser Konvention widerspiegeln. So werde eine neue Vorgehensweise für die Betreuung und die Entschädigung der Praktikanten eingeführt, die aus der GED-Sektion des LTPES kommen. Die Mindestentschädigung betrage 30 Prozent des sozialen Mindestlohns für nicht qualifizierte Arbeitnehmer, wobei es freistehende, eine höhere Entschädigung zu gewähren. Eine Entschädigung sei verpflichtend, wenn die Dauer des Praktikums mindestens vier Wochen betrage und beim selben Arbeitgeber absolviert werde. Ziel dieser Konvention sei es, einheitliche Vereinbarungen und Verträge zu schaffen, in denen klar geregelt sei, welche Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen die jeweiligen Parteien übernehmen. Aktuell absolvieren Schüler der Klassen 5e, 4e und 3e kurze Schnupperpraktika von ein bis zwei Wochen, häufig handle es sich dabei um Jugendliche, die zuvor als Kinder in den kommunalen Einrichtungen betreut wurden. Im Schuljahr 2024–2025 waren dies 26 Schüler, im Jahr 2025 bislang vier. In der Erzieherausbildung des LTPES wurden für die Schuljahre 2024–2025 zwei und für 2025–2026 drei Schüler aufgenommen, für die nun erstmals eine entsprechende Konvention abgeschlossen wurde. Darüber hinaus absolvierte im Schuljahr 2024–2025 ein Schüler eine DAP-Ausbildung über das LTPES; für das Schuljahr 2025–2026 sei bislang noch kein

solcher Fall verzeichnet. Über das CNFPC nehmen im Schuljahr 2025–2026 zwei Personen an einer DAP-Ausbildung teil. Im Rahmen von ENAD-Praktika seien im Schuljahr 2025–2026 zwei Schüler in den Einrichtungen tätig. Zudem wurde im Jahr 2025 ein Freiwilliger im Rahmen des Freiwilligendienstes des SNJ aufgenommen. Weiterhin erhalten Schüler, die ihren Brevet A abschließen, eine nicht vergütete Praktikumsvereinbarung mit der Gemeinde. Davon profitierten im Jahr 2024 drei und im Jahr 2025 zwei Schüler. Neben den Praktika werden auch Ausbildungen angeboten, entweder über den regulären schulischen Bildungsweg oder über die ENAD im Rahmen einer Erwachsenenlehre. Im Schuljahr 2025–2026 absolviere eine Auszubildende die CCP-Ausbildung „Assistant d’accompagnement au quotidien“, während zwei Auszubildende im selben Zeitraum eine DAP-Ausbildung im Bereich Erziehung absolvieren.

Rat Weirich merkt an, dass es wichtig sei, dass auch die Gemeinde Praktika vergebe. Es sei für Studierende nicht immer einfach, einen solchen Ausbildungsplatz zu finden.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass man dies auch vor der Konvention schon getan habe. Man habe heute lediglich den legalen Rahmen angepasst.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

F. Partnerschaftsvereinbarung MEGA-PLUS: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass für das Jahr 2025 ein MEGA-PLUS-Partnerschaftsabkommen zwischen der Gemeinde und dem Ministerium für Gleichstellung und Diversität abgeschlossen wurde. Insgesamt haben 29 Gemeinden ein solches Partnerschaftsabkommen unterzeichnet. Der zentrale Bestandteil dieser Partnerschaft sei die Vorführung des Films „Hors d’Haleine“, realisiert vom luxemburgischen Regisseur Eric Lamhène, die am 10. Dezember 2025 in der ArcA stattfinden werde. Der Film thematisiert den Lebensweg einer Frau, die Opfer häuslicher Gewalt geworden ist und Schutz in einer entsprechenden Einrichtung gefunden hat. Die Filmvorführung finde im Rahmen der Orange Week statt und diene der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. In diesem Zusammenhang sei auch eine interaktive Diskussionsrunde mit Akteuren vorgesehen, die in diesem Bereich tätig seien. Das Partnerschaftsabkommen regle zudem die jeweiligen Verpflichtungen des Staates und der Gemeinde. Voraussetzung für den Abschluss eines solchen Abkommens sei unter anderem, dass die Gemeinde über eine politische Vertretung für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie über eine Personalvertretung verfüge, die sich für diese Thematik einsetze. Darüber hinaus müsse eine beratende Kommission bestehen. In den vergangenen Jahren wurde kontinuierlich an diesem Thema gearbeitet und es wurden regelmäßig thematische Veranstaltungen organisiert, wie beispielsweise ein Theaterforum im Jahr 2022. Ein besonderer Dank gelte in diesem Zusammenhang der kommunalen Gleichstellungskommission für ihr kontinuierliches Engagement.

Rat Weirich fragt nach, wer in der Gemeinde Bartringen für die Chancengleichheit zuständig sei?

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es für den Schöffenrat Roger Miller und für die Verwaltung Nadine Schmit sei.

Rätin Moro ergänzt, dass man sich auch schon mit dem Ministerium zusammengesetzt habe, jedoch wolle man weniger Politik betreiben, sondern eher direkt mit dem Bürger arbeiten.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

G. Mietvertrag für bezahlbaren Wohnraum: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um einen Mietvertrag handle. Dieser betreffe eine Wohnung im Mehrfamilienhaus Aline, die neu vermietet werde. Der Mieter sei eine alleinerziehende Person mit Kind. Die Miete sei nach den Vorgaben des Ministeriums ausgerechnet worden. Der Mietvertrag trete zum 1. Dezember 2025 in Kraft. Die Miete werde regelmäßig neu berechnet und könne sowohl nach oben als auch nach unten angepasst werden.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

H. Mietverträge für ein Photovoltaik-Projekt auf einem Dach: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es sich hier um Verträge zwischen der Gemeinde Bartringen und dem Solarpark zur Installation weiterer Photovoltaikanlagen auf den Dächern kommunaler Gebäude handle. Konkret werden Anlagen auf der ArcA sowie auf dem BHKW installiert, sowohl auf bestehenden als auch auf neuen Gebäudeteilen. Auf dem alten Gebäude des BHKW werde eine Anlage mit einer Leistung von 20 kWp errichtet, auf dem neuen Gebäude des BHKW eine Anlage mit 18 kWp. Auf der ArcA werden zwei weitere Anlagen mit jeweils 30 kWp installiert. Damit ergebe sich eine Gesamtleistung von 98 kWp. Die Vertragslaufzeit betrage 20 Jahre. Der Mietpreis belaufe sich auf 50 Euro pro Installation, was insgesamt 200 Euro für die Anlagen auf dem BHKW und der ArcA entspreche. Die Arbeiten haben bereits begonnen, und nach Abschluss der Installationen werde der erzeugte Strom – wie bei solchen kleineren Anlagen üblich – ins Netz eingespeist. Zusätzlich werden für die Anlagen Förderungen von bis zu 20 Prozent gewährt.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

I. Pachtvertrag: Genehmigung

Bürgermeister De Smet führt aus, dass es sich hier um einen Pachtvertrag für ein Grundstück, das die Gemeinde in einer der letzten Gemeinderatssitzungen erworben habe und auf dem sich eine Lagerhalle befinde, handle. Der Pächter sei derselbe wie zuvor. Die Pacht betrage 2 Euro pro Ar; bei einer Gesamtfläche von 8,5 Ar ergebe sich somit ein Betrag von 17 Euro.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

J. Notarielle Urkunde über einen Tausch ohne Ausgleichszahlung: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich um eine Gesamtfläche von 656,08 m² sowie neun Außenstellplätzen und zwei Innenparkplätzen handle. Nachdem der Gemeinderat bereits am 26. April 2024 den Tauschvertrag einstimmig angenommen hat, erfolge nun die finale Umsetzung dieses Tausches. Dabei werde das Objekt gegen ein Grundstück in der rue du Chemin de Fer mit einer Fläche von 54,26 Ar getauscht.

Die Abnahme der Räumlichkeiten im Rohbauzustand erfolgte bereits unter bestimmten Vorbehalten. Aufgrund der Dringlichkeit wurde eine entsprechende Klausel aufgenommen: Diese ermögliche es, den künftigen Mietern bereits jetzt Verträge anzubieten, damit diese die notwendigen administrativen Schritte einleiten und ihre Geschäfte plangemäß Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres eröffnen könnten. Das noch ausstehende vertikale Kataster wird nachgereicht, sobald es vorliege, um den Akt endgültig abzuschließen. Im Rahmen der Sondervereinbarungen wurde festgelegt, dass

keine Immobilienmakler, Bauträger oder Bauunternehmen in die Räumlichkeiten einziehen dürfen. Zudem werde im Basisvertrag eine Dienstbarkeit verankert, die die Installation von Photovoltaikanlagen auf dem Dach ermögliche. Für die Registrierung wurde der Grundstückswert auf 5.977.696 € festgesetzt. Da dieser Tausch mit dem Ziel erfolge, den Dorfkern durch die neuen Geschäfte und Lokale zu dynamisieren, sei das öffentliche Interesse klar gegeben. Letztendlich sei dies eine Entwicklung, von der die Bürger direkt profitieren werden.

Rat Rauchs fragt nach, wie der Betrag zustande gekommen sei?

Bürgermeister De Smet antwortet, dass zur Zeit der Konvention Experten die Parzellen geschätzt hätten. Der Preis sei eingangs nur für drei Lokale gedacht, nun erhalte man die vier Lokale zum selben Preis.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

K. Nachtrag zur Vereinbarung über einen Tausch ohne Ausgleichszahlung: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass die betreffende Konvention bereits am 12. April 2024 unterschrieben wurde. Die Konvention zum Tausch ohne Ausgleichszahlung enthalte viele Punkte, die bereits im notariellen Akt verankert waren. Mit dem vorliegenden Nachtrag werde nun der Artikel 5 präzisiert, um ihn mit der ursprünglich beabsichtigten Zielsetzung in Einklang zu bringen. Dabei wurde zudem festgehalten, dass eventuell anfallende Gebühren, Honorare oder Registrierungskosten zu gleichen Teilen zwischen den Parteien aufgeteilt werden.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

L. Notarielle Urkunde über den Kauf von zwei Wohnungen: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erläutert, dass der Gegenstand dieses Punktes der Tagesordnung der Erwerb von zwei Wohnungen in der Siedlung „Poupelt“ sei. Dieser Kauf folge der bewährten Strategie der letzten Jahre, bei sich bietenden Gelegenheiten konsequent zuzugreifen, um den städtischen Bestand an erschwinglichem Wohnraum stetig zu vergrößern. Konkret handele es sich um zwei Wohneinheiten, die jeweils über einen Kellerraum und einen Stellplatz verfügen. Eine Wohnung befinde sich im Erdgeschoss mit einer Wohnfläche von 83,67 m² und sei mit einem Garten sowie einer Terrasse ausgestattet; die zweite Wohnung im ersten Obergeschoss weise dieselbe Fläche von 83,67 m² auf und verfüge über einen Balkon. Der Baufortschritt liege derzeit bei etwa 70 %, wobei die vollständige Fertigstellung für den 3. Juli 2026 geplant sei. Da es sich um einen Kauf im Zustand der künftigen Fertigstellung handele, sei die preisliche Aufschlüsselung im notariellen Akt wie folgt festgelegt: Der Grundstücksanteil belaufe sich auf 684.792,40 Euro, während der Verkaufspreis für die Wohnungen insgesamt 1.038.095,60 Euro betrage. Davon seien bereits 726.666,92 Euro durch den Baufortschritt realisiert, während die restlichen 311.428,68 Euro nach jeweiligem Stand der weiteren Bauarbeiten fällig werden.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

M. Notarielle Urkunde über die unentgeltliche Übertragung: Genehmigung

Bürgermeister De Smet gibt an, dass es in diesem Fall notwendig war, ein Konkursverfahren erneut zu eröffnen, um die bestehende Situation formal zu bereinigen. Es handele sich hierbei um eine Angelegenheit betreffend einen

Bürgersteig in der rue de Strassen, der an die Gemeinde abgetreten werden solle. Die betroffene Fläche umfasse 47 Zentiar. Da diese Fläche in den öffentlichen Raum integriert werden solle, sei der Aspekt des öffentlichen Interesses hierbei maßgebend.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

06. Projekte

A. Zusätzlicher Kostenvoranschlag für den Bau des neuen SEA „bei der Gemeng“: Genehmigung

Bürgermeister De Smet erklärt, dass es sich hierbei um einen zusätzlichen Kostenvoranschlag für den neuen SEA bei der Gemeinde handle, der genehmigt werden müsse. Der Betrag belaufe sich auf rund 2.105.300 Euro. Zur Zusammensetzung dieses zusätzlichen Budgets ist hervorzuheben, dass der Schöffenrat intensiv verhandelt und jede Preiserhöhung sowie jede zusätzliche Forderung konsequent prüfen gelassen habe. Ohne dieses strikte Vorgehen wäre die Gesamtsumme mit Sicherheit deutlich höher ausgefallen.

Rat Rauchs fragt nach, ob es sich hier rein um den SEA handle?

Bürgermeister De Smet bejaht dies.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

07. Finanzen

A. Abrechnungen für außerordentliche Arbeiten: Genehmigung

Schöffe Lang führt aus, dass es sich hier um abgeschlossene Arbeiten handle. Der Kostenvoranschlag für die Arbeiten am Restaurant B13 habe sich auf 260.000 Euro belaufen, die realen Kosten schlagen mit 259.784,05 Euro zu Buche. Für die rue de la Fontaine habe sich der Kostenvoranschlag auf 3.075.000 Euro belaufen, nach Abschluss der Arbeiten habe man Rechnungen in Höhe von 2.969.473,50 Euro erhalten. Mit 400.000 Euro seien die Kosten für den Beach-Platz berechnet worden, insgesamt belaufen sich die Kosten auf 376.578,49 Euro. Somit sei man bei diesen drei Posten unter dem veranschlagten Betrag geblieben.

Rat Rauchs merkt an, dass er erfreut sei, dass das Gerangel um den Beach-Sandplatz nun ein Ende gefunden habe.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

08. Beratende Kommissionen

A. Gründung der SEA-Beratungskommission

Bürgermeister De Smet erklärt, dass die Absicht bestehe, die SEA-Kommission wieder ins Leben zu rufen. Da die Bartringer Kinder einen erheblichen Teil ihrer Zeit im SEA verbringen, sei es von großer Bedeutung, eine Plattform für die verschiedenen Akteure zu schaffen, die einen regelmäßigen Austausch ermögliche. Die Zusammensetzung der Kommission gestalte sich wie folgt: ein Mitglied des Gemeinderates das die Funktion des Präsidenten ausübe, der Leiter des SEA, der Verantwortliche des Standortes „Beiestack“, der Verantwortliche des Standortes „Bei der Gemeng“, ein Stellvertreter der Elternvereinigung, ein Vertreter der Elternvertreter sowie der Präsident des Schulvorstands.



Bürgermeister De Smet führt aus, dass die Aufgaben dieser Kommission die allgemeine Organisation der SEA-Aktivitäten umfassen, wie etwa das Garten-Projekt, das Wald-Projekt oder Koch-Workshops, sowie die punktuelle Organisation von Veranstaltungen wie dem Wintermarkt. Darüber hinaus befasse sich die Kommission mit der Ausarbeitung neuer Ideen und pädagogischer Konzepte. Ein zentrales Ziel sei es, den Dialog zwischen den verschiedenen Beteiligten wie der Schule, den Elternvertretern und der Elternvereinigung gezielt zu fördern. Durch eine engere Zusammenarbeit sollen Synergien geschaffen werden, um Projekte gemeinsam anzugehen, anstatt dass jeder Akteur isoliert für sich agiere. Es werde jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Personalverwaltung nicht in den Aufgabenbereich dieser Gruppe falle.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. SEA-Beratungskommission: Ernennung der Mitglieder

Folgende Mitglieder werden einstimmig in die SEA-Beratungskommission gewählt:

Für den Gemeinderat: Francine Moro

Für die Leitung des SEA: Joëlle Rippinger

Als Verantwortlicher für den Standort „Beiestack“: Jil Schaul

Als Verantwortlicher für den Standort „Bei der Gemeng“: James Martins

Als Vertreter für die Elternvereinigung: Ahmed Idrissi Ouedrhiri

Als Vertreter für die Elternvertretung: Marc Muller

09. Natur

A. Bewirtschaftungsplan für die Gemeindewälder – Geschäftsjahr 2026: Genehmigung

Schöffe Miller führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um den Forstwirtschaftsplan handle. Es werde ersichtlich, dass zwischen den Kosten und den Einnahmen die Schere immer größer werde. Alles werde teurer, die Erträge jedoch verringern sich. Dies bedingt dadurch, dass der hiesige Förster wirklich nur die Ressourcen aus dem Wald entnehme, die auch nachwachsen. Hier spiele auch der Klimawandel eine entscheidende Rolle. Durch vermehrte Trockenheit wachse der Wald nicht mehr richtig nach. So werde Holz nicht mehr exportiert, sondern vor Ort verarbeitet, sei es als Sitzbänke oder auch Bücherschränke. Eine nationale Bestandsaufnahme von 2023 habe ergeben, dass 80% der Bäume in einem schlechten bis ganz schlechten Zustand seien. Vor 40 Jahren sei das Verhältnis andersherum gewesen und 80% der Bäume gesund. Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, entferne der Förster die kranken Bäume und ersetze sie durch junge Eichen, da diese resistenter gegen Trockenheit seien. Trotzdem sei der Bartringer Wald nicht in einem desolaten Zustand. Im Auenwald habe es auch schon eine Sichtung eines Schwarzstorchs gegeben. Der Förster kümmere sich sowohl um den Unterhalt des Waldes als auch der Waldwege. Auch werde einheimischer Samen gesammelt, um die Arten erhalten zu können. Es werde auch gegen invasive Pflanzenarten vorgegangen, wie der Riesenbärenklau. Der Eichenprozessionsspinner verschwinde immer mehr in unseren Regionen. Der Waschbär jedoch verbreite sich immer weiter, ebenso wie die asiatische Hornisse. Auch Aktivitäten für Kinder finden im Wald statt. Somit habe man Ausgaben in Höhe von 242.500 Euro gegenüber Einnahmen in Höhe von 76.300 Euro.

Bürgermeister De Smet ergänzt, dass man eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Förster pflege.

Rat Rauchs merkt an, dass hier jeder Euro gut investiert sei und der Betrag proportional zur geleisteten Arbeit gering sei.

Rätin Schuster bedankt sich bei Schöffe Miller für die detaillierten Erklärungen und beim Förster sowie seinem Team für die geleistete Arbeit und die vorbildliche Waldpflege. Sie betont dabei die Bedeutung eines gesunden Waldes sowohl als Lebensraum für Tiere als auch als Erholungsgebiet für die Bürger. Besorgt äußert sie sich zur Problematik der Asiatischen Hornisse. Sie bedauert, dass derzeit nur wenige Fachkräfte für deren Entfernung zur Verfügung stünden. Mit Blick auf die rasant steigenden Fallzahlen in Deutschland, solle man auch in Luxemburg wachsam sein.

Rat Weirich schließt sich den Vorrednern an. Allerdings fände er es gut, an verschiedenen Stellen größere Schilder anzubringen, um darauf hinzuweisen, dass man auf den Wegen bleiben solle. Auch die neue Holzbrücke berge ein Sicherheitsrisiko, da diese bei Regen sehr rutschig werde.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

B. SICONA: Genehmigung des Aktionsprogramms 2026

Schöffe Miller führt aus, dass es sich auch bei diesem Posten um gut investiertes Geld handle, da es um das Syndikat Sicona gehe. Man solle widerstandsfähiger werden, daher tätige man diese Investition. Die größten Posten liegen beim Unterhalt der Biotope, Heckenschneiden und Beweidung der Moorwiesen sowie die Instandhaltung von Obstgärten. Auch werden stetig neue Biotope angelegt, um weiteren Spezies Lebensraum zu bieten. Diese Maßnahmen werden bis zu 100% vom Staat bezuschusst. Man werde auch einen Schwalbenturm errichten, um den Erhalt dieser Vogelart zu gewährleisten. Diese Arbeiten schlagen mit 336.000 Euro zu buche.

Rat Rauchs fragt nach, ob man nicht ein Projekt mit Sicona im Solarpark anlaufen lassen könne, nicht nur die Schafe weiden lassen.

Bürgermeister De Smet antwortet, dass die Beweidung der Vorschlag von Sicona sei. Man könne dieses Thema jedoch noch einmal ansprechen.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

C. Kostenvoranschlag für die Instandsetzung der Landstraßen: Genehmigung

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um den Kostenvoranschlag betreffend die Instandsetzung der Feldwege handle. Konkret handle es sich um das Projekt „Houkiermert“, das mit 131.500 Euro veranschlagt wurde.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

10. Regional Museksschoul Westen

A. Angepasste Schulorganisation 2025/2026: Genehmigung

Rätin Philippe erklärt, dass es sich bei diesem Punkt um die angepasste Schulorganisation der „Regional Museksschoul Westen“ handle. Die provisorische Schulorganisation sei bereits am 22. Mai 2025 vom Gemeinderat gestimmt worden. Für das Schuljahr 2025/2026 zähle man 2.693 Schüler, im Schuljahr davor seien es 2.638 gewesen. Die Einschreibungen haben mittels QR-Codes stattgefunden und seien gut verlaufen. Die Gemeinde



Helperknapp habe zu diesem Zweck eine neue App getestet, die in Zukunft auch in anderen Gemeinden zum Einsatz kommen solle. In Bartringen seien 81 Schüler im Eveil musical, 329 in der Formation musical, 303 in den Individual- und 516 in den Kollektivkursen eingeschrieben. Die beliebtesten Instrumente seien weiterhin das Klavier, Perkussion und Gitarre. Zudem finde dieses Jahr wieder ein pädagogisches Projekt, der Chorgesang, in Zusammenarbeit mit den Zyklen 2 und 3 der Bartringer Schule statt. Eine Stunde koste im Schuljahr 6.912,53 Euro, was 8,6% weniger seien als im Vorjahr. Zu Erklären sei dies durch einen Überschuss in den Einnahmen des Schuljahres 2023/2024 in Höhe von 2.250.000 Euro. Ohne diesen würde eine Stunde 7.683,08 Euro kosten. Insgesamt werden dieses Jahr 76.985 Minuten zu einem Preis von 8.869.352,03 Euro unterrichtet. Für die Gemeinde Bartringen seien es 13.615 Minuten zu einem Preis von 1.568.568,27 Euro. Die staatlichen Zuschüsse belaufen sich auf 5.664.937,64 Euro, die Gemeinde Bartringen erhalte 1.057.627,19 Euro. Somit liege die Eigenbeteiligung für die Gemeinde für das Schuljahr 2024/2025 bei 646.178,23 Euro.

Rat Weirich merkt an, dass der Theaterkurs gut besucht sei, dies mit 51 Schülern in 3 Kollektivkursen, sprich rund 17 Schüler pro Kurs. Hier werden die verschiedenen Jahrgänge gemischt, was eine Bereicherung für alle sei. Kinder seien auch an anderen Kunstrichtungen und Formen interessiert, daher spreche er sich dafür aus, das Angebot auszuweiten.

Der Gemeinderat nimmt diesen Punkt einstimmig an.

B. Anpassung der Vereinbarung mit der UGDA: Genehmigung

Rätin Philippe führt aus, dass es sich hier um die Anpassung der mit der UGDA geschlossenen Konvention handele. Für das Schuljahr 2025/2026 habe man 9.921.208,68 Euro vorgesehen, um die anfallenden Kosten zu decken. Dieser Betrag werde nun nach unten angepasst auf 8.869.352,03 Euro.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

11. Verkehr

A. Bestätigung von Notfall Verkehrsregelungen: Bestätigung

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der Cité Pourpelt handele, die vom 31. Oktober bis zum 12. Dezember 2025 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der Cité am Wenkel handele, die vom 24. November bis zum 6. Dezember 2025 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue Alphonse München handele, die vom 4. bis zum 28. November 2025 gelte.

Schöffe Miller erklärt, dass es sich hier um eine zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung in der rue de Strassen handele, die vom 15. November bis zum 15. Dezember 2025 gelte.

12. Verschiedenes

A. Hilfe für die Opfer auf den Philippinen

Bürgermeister De Smet erläutert, dass man eine Spende in Höhe von 15.000 Euro an die Vereinigung „Ärzte ohne Grenzen“ für die Opfer des Taifuns auf den Philippinen tätigen werde.

Dieser Punkt wird einstimmig angenommen.

Ende der Sitzung: 12.10



LE CONSEIL COMMUNAL

DP



Youri De Smet (*bourgmestre*)



Marc Lang (*échevin*)



Frank Colabianchi (*conseiller*)



Monique Smit-Thijs (*conseillère*)



Francine Moro Oliveira Costa (*conseillère*)



Nadine Philippe (*conseillère*)



Mariette Gallmeister (*conseillère*)

Déi Gréng



Roger Miller (*échevin*)



Stefan Glober (*conseiller*)

CSV



Nadine Schares (*conseillère*)



Guy Weirich (*conseiller*)



Marc Rauchs (*conseiller*)

LSAP



Yolande Schuster (*conseillère*)



PROCÈS-VERBAL DE LA RÉUNION DU CONSEIL COMMUNAL

DU 28 NOVEMBRE 2025 À 08H30

Présents :

DP

Youri DE SMET (bourgmestre)
Marc LANG (échevin)
Frank COLABIANCHI (conseiller)
Francine MORO (conseillère)
Nadine PHILIPPE (conseillère)
Mariette GALLMEISTER (conseillère)

déi gréng

Roger MILLER (échevin)
Stefan GLOBER (conseiller)

LSAP

Yolande SCHUSTER (conseillère)

CSV

Guy WEIRICH (conseiller)
Marc RAUCHS (conseiller)

Sophie HUMBERT (secrétaire communale adjointe)

Excusés : Monique SMIT-THIJS (conseillère/DP, procuration de vote à M. le bourgmestre De Smet quant aux points 1 ; 3-7 ; 9-12), Nadine SCHARES (conseillère/CSV, procuration de vote à M. le conseiller Weirich quant aux points 1 ; 3-7 ; 9-12)

ORDRE DU JOUR

En séance publique :

01. | Approbation de l'ordre du jour

En séance à huis clos :

02. | Affaires du personnel
A. SEA : engagement d'employés communaux

En séance publique :

03. | Informations et correspondance
04. | Règlements
A. Règlement d'ordre intérieur du conseil communal des commissions légales et des commissions consultatives de la commune de Bertrange : adaptation
B. Règlement relatif à l'organisation des services de proximité : abrogation
C. Règlement communal concernant la mise à disposition d'un minibus : adaptation
05. | Conventions, contrats et actes notariés
A. Convention relative à la mise en place d'un service de proximité : approbation
B. Conventions relatives aux participations financières – logement abordable : approbation

C. Convention de partenariat What Water a.s.b.l. : approbation
D. Convention Youth & Work : approbation
E. Convention générale pour les stages pratiques : approbation
F. Accord de partenariat MEGA-PLUS : approbation
G. Contrat de bail pour un logement abordable : approbation
H. Contrats de bail pour un projet d'installation photovoltaïque en toiture : approbation
I. Contrat de bail à ferme : approbation
J. Acte notarié relatif à un échange sans soulte : approbation
K. Avenant à la convention relative à un échange sans soulte : approbation
L. Acte notarié relatif à l'achat de deux appartements : approbation
M. Acte notarié de cession gratuite : approbation
06. | Projets
A. Devis supplémentaire relatif à la construction du nouveau SEA « bei der Gemeng » : approbation
07. | Finances
A. Décomptes de travaux extraordinaires : approbation
08. | Commissions consultatives
A. Constitution de la commission consultative SEA
B. Commission consultative SEA : nomination des membres



- 09. | Nature
 - A. Plan de gestion des forêts communales – exercice 2026 : approbation
 - B. SICONA : approbation du programme d’action 2026
 - C. Devis relatif à la mise en état de la voirie rurale : approbation
- 10. | Regional Museksschoul Westen
 - A. Organisation scolaire rectifiée 2025/2026 : approbation
 - B. Avenant à la convention conclue avec l’UGDA : approbation

- 11. | Circulation
 - A. Règlements de circulation d’urgence à caractère temporaire : confirmation
- 12. | Divers
 - A. Aide aux sinistrés des Philippines



En séance publique :

01. Approbation de l'ordre du jour

M. le bourgmestre De Smet demande aux conseillers communaux s'ils approuvent l'ordre du jour.

Le conseil communal approuve l'ordre du jour à l'unanimité.

En séance à huis clos :

02. Affaires du personnel

A. SEA : engagement d'employés communaux

La délibération s'étant tenue à huis clos, veuillez noter que les informations y afférentes resteront confidentielles (note de la rédaction).

En séance publique :

03. Informations et correspondance

M. le bourgmestre De Smet déclare que Marta Coelho Rodrigues et Evelyn Giese ont été engagées en tant qu'éducatrices et Meggy Muller, Inès Notarnicola et João Marques Rodrigues en tant qu'aides-éducateurs pour les besoins du SEA. Ils prennent leurs fonctions le 1er janvier, respectivement le 1er février 2026.

Par ailleurs, M. le bourgmestre De Smet fait savoir que :

- l'on dispose désormais du budget rectifié pour 2025 et du budget pour 2026 de l'Office social commun Mamer. Le budget rectifié pour 2025 est clôturé avec un excédent d'environ 70.000 euros dans le budget ordinaire et de 2.500 euros dans le budget extraordinaire. À la comparaison des deux budgets, il ressort que le budget pour 2026 prévoit des augmentations significatives tant du côté des dépenses que des recettes. La raison en est l'achèvement d'un projet de 19 logements gérés par l'Office social dans la commune de Mamer, lequel a une incidence correspondante sur le budget. La contribution de la commune de Bertrange s'élève à 166.438,06 € pour 2025 et à 176.396,67 € pour 2026. M. le bourgmestre De Smet exprime ses remerciements à l'ensemble du personnel pour le travail accompli au quotidien.

À ce jour, le nombre de résidents est de 9.465.

L'encaisse communale s'élève à 17,9 millions d'euros.

04. Règlements

A. Règlement d'ordre intérieur du conseil communal des commissions légales et des commissions consultatives de la commune de Bertrange : adaptation

M. le bourgmestre De Smet explique que le règlement d'ordre intérieur régit le fonctionnement du conseil communal et des commissions respectives. Il s'agit d'un ensemble de règles à adapter régulièrement afin de répondre aux nouvelles évolutions. C'est la raison pour laquelle le collège échevinal propose au conseil communal plusieurs modifications qui ont déjà été présentées et discutées lors d'une réunion de travail. Il souhaite aborder ci-après les points sujets à adaptation. La modification la plus importante concerne l'adaptation du fait de l'introduction de la retransmission audiovisuelle, à savoir le streaming que les citoyens peuvent suivre sous forme de vidéo. L'analyse d'impact en matière de protection des données a donc également été révisée. Cela concerne essentiellement les tiers qui participent aux réunions du conseil communal et doivent indiquer s'ils souhaitent ou non être filmés. Les enregistrements des réunions du conseil communal sont disponibles en ligne pendant une durée de 6 ans, soit une législature entière. Un autre point concerne la possibilité de consulter en ligne les documents des réunions du conseil communal. Cette pratique est déjà en vigueur depuis le Covid, mais a désormais été consignée par écrit. La loi prévoit également le vote par procuration, dorénavant repris dans le règlement d'ordre intérieur. La disposition des places au sein du conseil communal est déterminée par le conseil lui-même. L'on a également introduit certaines modifications et précisions rédactionnelles. Le bulletin communal et les publications sur Internet sont eux aussi régis par le règlement d'ordre intérieur. Cela comprend la publication en trois langues, à savoir l'allemand, le français et l'anglais, ainsi qu'un résumé des interventions lors des séances du conseil communal. Il est en outre prévu de revoir le bulletin communal pour faire évoluer son contenu vers un magazine consacré davantage aux projets et services communaux, aux associations, à la culture et à l'école, afin de mieux faire connaître le village aux citoyens. Cette refonte est actuellement en cours et prendra encore un certain temps. Le magazine se veut un moyen de communication moderne avec les citoyens de Bertrange. Le fonctionnement des commissions n'a pas subi de modifications, alors qu'un projet de loi est en préparation, susceptible d'apporter encore divers changements.

M. le conseiller Rauchs souhaite savoir si le rapport est toujours disponible en ligne sous sa forme originale et s'il n'est imprimé qu'en version abrégée. Il est important pour les partis de l'opposition que cette plateforme ne disparaisse pas entièrement. Il approuve l'idée d'un magazine, qu'il considère comme une approche plus moderne. Est-il envisagé d'ajouter d'autres langues ou en restera-t-on à l'allemand, au français et à l'anglais ? Est-il raisonnable de fermer la porte sur cette énumération concrète ? En ce qui concerne le point « Informations et correspondance », il n'est toujours pas prévu de possibilité pour les conseillers communaux de poser des questions ou exprimer leur avis. Il regrette cet état de choses comme il empêche souvent d'approfondir des sujets intéressants.

M. le bourgmestre De Smet répond que seul le contenu en rapport avec le point concerné de l'ordre du jour sera retranscrit. Les discussions débridées ne seront plus consignées. Il n'est pas prévu pour l'instant d'ajouter d'autres langues. Le règlement d'ordre intérieur pourra à tout moment faire l'objet de nouvelles adaptations. En ce qui concerne le point « Informations et correspondance », il existe en principe la possibilité de soumettre des questions formelles au collège échevinal, lesquelles pourront être préparées, examinées et obtenir une réponse fondée. De cette manière, il sera possible de pas seulement prendre acte des demandes, mais de les traiter sur le fond, ce qui est finalement dans l'intérêt des citoyens.

M. le conseiller Colabianchi ajoute que l'opposition n'a jamais été muselée. La commune est l'une des rares à rédiger depuis les années 80 un rapport analytique des réunions du conseil communal. Avant la publication du rapport, chaque membre du conseil communal a, jusqu'à présent, eu la possibilité de le consulter voire d'y apporter des rectifications. Bertrange a également été l'une des premières communes à publier le rapport en plusieurs langues. Par ailleurs, les séances pourront également à l'avenir être consultées en ligne et, grâce au streaming, visionnées ou écoutées désormais en ligne, ce qui constitue une source d'information supplémentaire. Pour ce qui est du point soulevé par M. le conseiller Rauchs concernant le point « Informations et correspondance », aucun changement n'est prévu à l'avenir.

M. le conseiller Glober fait remarquer que le streaming des séances permet à tout citoyen de les faire traduire plus facilement dans la langue de son choix grâce à l'intelligence artificielle.

Mme la conseillère Schuster remercie M. le bourgmestre De Smet pour ses explications et constate que sa question relative au résumé des interventions lors des réunions du conseil communal se trouve désormais élucidée. Elle est d'avis qu'un magazine au format A4 est mieux adapté et plus attrayant pour les citoyens. Il est plus maniable, plus moderne, plus diversifié, plus vivant et plus contemporain. Pour ce qui est des langues, il est impossible de satisfaire tout le monde, étant donné que plus de 110 nationalités différentes sont représentées dans la commune. Dans une optique de durabilité, il convient de veiller à ce que le magazine soit compact et se concentre sur les informations essentielles en matière de vie communale et de procédures administratives. Le livestream est également un outil précieux qui assure l'accessibilité à l'information pour les concitoyens non-voyants. Elle revient ensuite à sa proposition faite lors de la Commission des Projets Communaux : à l'avenir, il faudrait laisser aux citoyens le libre choix de continuer à recevoir le bulletin communal « Buet » sous forme imprimée ou exclusivement sous forme numérique.

M. le bourgmestre De Smet répond qu'il n'est pas possible de donner satisfaction à tout un chacun. L'idée est d'atteindre le plus grand nombre possible de citoyens, de leur faire connaître les services communaux et d'aider les associations à gagner en visibilité. Il faut attendre pour connaître la réaction des citoyens. Pour l'instant, la version imprimée est maintenue, mais les citoyens pourront ultérieurement, à leur guise, se désabonner et de ne consulter le magazine qu'en version numérique.

M. l'échevin Miller revient sur les propos de M. le conseiller Rauchs concernant les langues. Les retours n'ont pas été pertinents. Les Luxembourgeois peuvent en règle générale communiquer en trois langues, de sorte que les publications dans les trois langues prévues sont suffisantes.

M. le conseiller Weirich fait remarquer qu'il partage l'avis de M. le conseiller Colabianchi. Les réunions du conseil communal se sont toujours déroulées de manière démocratique et le rapport a toujours été publié dans son intégralité. On ne souhaite pas faire marche arrière, ce point ayant désormais été clarifié. Concernant le point « Informations », les citoyens se posent également la question de savoir pourquoi personne ne prend position à ce sujet. Il ne comprend pas tout à fait comment il est possible de résumer une question sans que celle-ci perde son sens. Il se réjouit que l'on emprunte désormais la voie du streaming. Une revendication correspondante avait déjà été soulevée en 2023 après les élections. Quant au nouveau magazine, son groupe politique est ouvert à une collaboration constructive.

M. le bourgmestre De Smet répond que la forme du magazine en est encore à ses débuts. Il s'agit à présent de regrouper les idées et de trouver le bon équilibre. Ce sujet ne manquera pas d'être à nouveau abordé au conseil communal. Les questions devront être aussi courtes que possible, tout comme les réponses.

Il faudra éviter d'extrapoler et tenter de rester dans un certain cadre. Le règlement d'ordre intérieur pourra toujours être adapté le cas échéant.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Règlement relatif à l'organisation des services de proximité : abrogation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit ici de l'abrogation du règlement relatif à l'organisation des services de proximité pour les seniors et les personnes à mobilité réduite, proposés depuis maintenant 15 ans. Il est prévu d'abroger ce règlement, étant donné que les services en question devront être régis par une nouvelle convention.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

C. Règlement communal concernant la mise à disposition d'un minibus : adaptation

M. le bourgmestre De Smet explique que le règlement concernant la mise à disposition d'un minibus, qui entrera en vigueur le 1er janvier 2026 et qui profitera aux associations, a déjà été voté lors de la réunion du conseil communal du 26 septembre 2025. L'adaptation actuelle porte sur le domaine de l'assurance et de la responsabilité. L'objectif est d'éviter que les associations se retrouvent en situation de flou juridique. Il est prévu une franchise de 500 euros, afin que chaque association soit consciente de ses responsabilités. Cela constitue en outre une garantie qui évite d'avoir à débours des sommes trop importantes en cas de sinistre. Au cas où l'assurance refuserait de prendre en charge les dommages, parce que le conducteur a commis une faute, notamment sous l'influence de l'alcool, ou en raison de tout autre comportement non conforme aux conditions d'assurance, l'association concernée sera tenue de supporter elle-même les frais.

M. le conseiller Rauchs souhaite savoir si la somme de 500 euros est exigée par l'assurance, ou si c'est le collège échevinal qui en a décidé ainsi. À partir de quand ce règlement entrera-t-il en vigueur ?

M. le bourgmestre De Smet répond que c'est le conseil échevinal qui a fixé lui-même ce montant. Le service sera disponible à partir du 1er janvier 2026 et sera également présenté aux associations lors de la soirée des bénévoles.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

05. Conventions, contrats et actes notariés

A. Convention relative à la mise en place d'un service de proximité : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit ici de la nouvelle convention conclue avec l'association « Solina Aarbechtshëllef asbl ». Cela fait désormais 15 ans que ce service, qui propose des travaux de jardinage, des petites réparations, des travaux de nettoyage ainsi qu'un service de buanderie, est mis à la disposition des citoyens. La raison de cette nouvelle convention est une demande de la part du ministère du Travail visant à mettre en place une tarification plus transparente et plus détaillée. L'objectif est également de ne pas augmenter le coût pour les citoyens faisant appel à ce service. Au contraire, l'idée est de soutenir en particulier les personnes âgées et celles qui, pour des raisons de santé, ne sont plus en mesure d'effectuer ces tâches elles-mêmes. Les modifications concernent la réglementation tarifaire. Jusqu'à présent, l'on facturait le même salaire horaire, qu'il s'agisse d'un contremaître ou d'un ouvrier. Dans l'ensemble, il a été possible d'établir une structure tarifaire qui reflète la structure tarifaire actuelle sans que les clients aient à débours davantage. Par ailleurs, on est allé

encore plus loin en augmentant de 16 à 20 heures par mois le nombre d'heures prises en charge par la commune. Concrètement, la commune prend en charge pour les travaux de jardinage, d'entretien et les petites réparations l'intégralité des frais de déplacement, le montant forfaitaire complet pour le matériel, les frais liés au transport vers le centre de recyclage, la moitié des frais de location d'une camionnette, l'intégralité des frais administratifs ainsi que 5 euros par ouvrier et par heure, peu importe qu'il s'agisse d'un contremaître ou d'un ouvrier. En ce qui concerne les travaux ménagers, la commune assume l'intégralité des frais de déplacement, du forfait matériel et des frais administratifs. Elle paie par ailleurs 7 euros par ouvrier par heure. Les personnes concernées seront informées de ces changements par courrier. La facture indiquera également en détail les frais pris en charge par la commune et ceux à régler par les bénéficiaires.

M. le conseiller Rauchs s'interroge comment les autres citoyens seront informés de ce changement. Il souhaite en outre savoir combien de personnes font appel à ce service.

M. le bourgmestre De Smet réplique que cette information sera publiée dans le bulletin communal. Solina informera également ses clients. L'association emménagera par ailleurs dans l'un des nouveaux locaux au centre du village, ce qui lui donnera davantage de visibilité. En 2024, 74 citoyens ont fait appel à ce service pour un total d'environ 700 interventions. Le budget 2026 prévoit 65.000 euros pour ce poste.

Mme la conseillère Schuster fait remarquer qu'il s'agit d'une excellente initiative et d'un travail de bonne qualité. Arrive-t-il souvent que ces services ne soient pas payés ?

M. le bourgmestre De Smet répond que tel n'est pas le cas.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Conventions relatives aux participations financières – logement abordable : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que deux conventions ont été conclues en rapport avec l'achat de trois logements au total, pour lesquels des aides financières ont été demandées dans le cadre des Aides à la Pierre. Ces conventions ont été conclues entre l'État, représenté par le ministère du Logement, et la commune de Bertrange, en tant que promoteur social. Elles régissent la destination des logements, les conditions de leur attribution, l'aide financière et l'indemnisation pour le service public. Les logements seront inscrits au RENLA, comme prévu d'office. Des logements abordables impliquent également des loyers abordables, raison pour laquelle la commune s'engage à louer ces logements à des prix abordables pendant toute la durée de leur existence. La participation financière s'élève à 466.179 euros pour le logement situé dans le lotissement Pourpelt, rue des Celtes, et à 808.130 euros au total pour les deux logements situés dans le lotissement Rilsper, rue des Platanes. Cela correspond à 75 % des coûts éligibles. En ce qui concerne la part foncière, la charge financière pour la commune est plus élevée, mais celle-ci s'est délibérément engagée à créer des logements abordables et assume cette responsabilité, même si cela implique des moyens financiers supplémentaires. La commune se verra en outre allouer une compensation pour le service public. Celle-ci s'élève à 155.939 euros pour le logement dans le lotissement Pourpelt et à 269.377 euros pour les logements dans le lotissement Rilsper.

M. le conseiller Rauchs souhaite savoir pourquoi les subventions ne sont demandées que maintenant, alors que les logements ont déjà été achetés. Est-ce la procédure normale ? La commune est-elle désormais un « promoteur social » ?

M. le bourgmestre De Smet explique que c'est bien la procédure. Les subventions peuvent être demandées lorsque les logements sont loués. « Promoteur social » n'est qu'un terme qui ne doit pas être confondu avec celui de « bailleur social ».

M. le conseiller Colabianchi ajoute que la nouvelle procédure est bien plus simple.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. Convention de partenariat What Water a.s.b.l. : approbation

M. le bourgmestre De Smet précise qu'il s'agit ici d'une convention avec l'organisation « What Water ». « What Water » est une organisation qui utilise l'art en tant que langage universel pour attirer l'attention sur la crise mondiale de l'eau tout en finançant des solutions concrètes, notamment par la création d'un accès direct à une eau potable propre. Environ 800 millions de personnes dans le monde n'ont pas accès à une eau propre. La mission de l'organisation est de fournir de l'eau potable à huit millions de personnes d'ici 2030 et de contribuer ainsi à la réalisation des objectifs des Nations Unies. Les activités de « What Water » se concentrent principalement sur l'Afrique centrale, où l'organisation procède à des forages et à la construction de puits, de châteaux d'eau ainsi que de châteaux d'eau numériques intelligents. Comme la commune de Bertrange a toujours accordé une grande importance à l'aide au développement et à la coopération, elle souhaite poursuivre cet engagement grâce à cette convention. Si l'on considère que les Nations Unies n'ont officiellement reconnu le droit humain à l'eau potable et à l'assainissement qu'en 2010, il s'avère d'autant plus important que les communes soutiennent activement de telles initiatives. « What Water » a son siège au Luxembourg. L'organisation est financée principalement par des sponsors privés et commerciaux, des partenariats, la vente d'œuvres d'art lors d'événements réunissant des artistes africains et européens, ainsi que par des dons de mécènes et d'entreprises. Les recettes provenant de la vente d'œuvres d'art sont investies à 50 % dans des projets liés à l'eau et reversées à 50 % aux artistes participants. Concrètement, la commune de Bertrange cofinancera la construction de deux châteaux d'eau alimentés à l'énergie solaire dans la commune de Foumban au Cameroun. En outre, les fonds mis à disposition serviront à former trois personnes qui seront responsables de la gestion et de l'entretien des installations. Parallèlement, la population locale, en particulier les jeunes, sera sensibilisée à la thématique de l'eau. Le projet porte le nom « Opération Mélusine pour Foumban ». La commune de Bertrange s'engage à verser un montant de 30.000 euros à « What Water » ; le détail des coûts est précisé dans la convention. Il convient de souligner que les responsables locaux apportent également une contribution financière et prennent en charge 50 % des coûts du projet. Par ailleurs, la convention stipule le nombre de personnes qui bénéficieront de cette infrastructure dans les deux localités concernées. Il importe de soutenir l'accès à l'eau potable en tant que droit humain fondamental, raison pour laquelle les responsables communaux sont convaincus que ce projet apportera une contribution précieuse et durable.

M. le conseiller Weirich indique que son groupe politique salue ce projet. L'accès à l'eau potable est extrêmement important. Il ne s'agit pas seulement de créer un accès à l'eau, mais aussi de former les citoyens à son utilisation. Chacun de nous a sa part de responsabilité, pas seulement le ministère de la Coopération. C'est ainsi que la commune de Bertrange assume ses responsabilités.

M. le bourgmestre De Smet explique que lors de la réunion avec l'association, la question des subventions du ministère compétent a également été abordée. Actuellement, celle-ci ne reçoit pas encore de subvention puisque l'association ne dispose pas de la forme juridique appropriée pour bénéficier du soutien du ministère. Il s'agit là d'un bon début, et si le projet aboutit, il sera toujours possible de faire d'autres contributions financières.

M. le conseiller Colabianchi précise qu'il s'agit en l'espèce d'un projet intéressant. Il apprécie également l'approche du collège échevinal, qui consiste à commencer par un montant défini. Celui-ci pourra à tout moment être augmenté ultérieurement, si cela s'avère nécessaire. La participation éventuelle du ministère constitue une sécurité supplémentaire. L'association est présente sur place, ce qui est particulièrement important au Cameroun, où la corruption est malheureusement fort répandue. On peut ainsi être sûr que l'argent arrive à bon port.

M. l'échevin Miller fait remarquer que ce projet est mené en collaboration avec la population locale. Cela constitue un avantage considérable par rapport à d'autres approches antérieures.

M. l'échevin Lang ajoute que le projet est également soutenu par de grands noms tels que Yannick Noah, ainsi que par des sociétés luxembourgeoises de renom telles qu'Arendt & Medernach.

Mme la conseillère Schuster déclare que l'eau potable doit être accessible à tous. Il est donc d'autant plus important de soutenir des projets de ce genre.

Ce point est adopté à l'unanimité.

D. Convention Youth & Work : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit ici de convertir la convention existante en un contrat de prestations avec Youth & Work. Les réglementations européennes exigent que tout financement public d'un prestataire de services soit juridiquement garanti afin qu'il ne soit pas considéré comme une aide d'État contraire au droit de la concurrence. L'objectif de cette convention est donc de définir de manière claire et transparente les coûts et le calcul de la compensation. La compensation ne doit correspondre qu'aux coûts réellement encourus, et il y a lieu de prévoir des mécanismes de contrôle correspondants pour éviter toute surcompensation. Cela ne change rien pour la commune ni pour les jeunes qui bénéficient de ce service. D'un point de vue budgétaire, on reste dans le cadre financier déjà mis à disposition l'année dernière ; le relevé financier correspondant a également été présenté. Les mécanismes de contrôle financier prévus comprennent l'établissement de décomptes et, en nouveauté, la vérification par un auditeur externe. La convention a une durée maximale de dix ans à compter du 1er janvier 2026 et peut être résiliée chaque avec un préavis de trois mois. Le taux de chômage officiel parmi les jeunes est actuellement de 19,8 %. Cependant, les chiffres réels risquent d'être bien plus élevés en raison des cas non recensés.

M. le conseiller Rauchs fait remarquer que jusqu'à présent, environ sept jeunes ont bénéficié de ce service. Le budget prévu permet d'assurer la prise en charge d'environ quatorze jeunes. Est-il possible de savoir qui d'entre eux nécessite et reçoit un coaching, et dans quelle mesure ?

M. le bourgmestre De Smet répond que l'accompagnement est adapté individuellement. Il appartient au jeune de faire lui-même le premier pas et de faire appel au service. On évalue ensuite sa situation et l'accompagne dans sa démarche.

Mme la conseillère Schuster estime que c'est une bonne initiative d'aider les jeunes décrocheurs ou inactifs à entrer dans la vie professionnelle. Souvent, le problème ne réside pas uniquement dans la recherche d'un emploi, mais aussi dans d'autres difficultés quotidiennes. Elle estime que le nombre de cas non recensés est plus élevé qu'on ne le pense. Elle se félicite de la nouvelle signature de la convention pour 10 ans. Mme la conseillère Schuster soulève la question de savoir si ce service est suffisamment connu de tous les jeunes. Il serait utile

de le faire connaître à plus grande échelle, afin que tous les jeunes concernés puissent en bénéficier.

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il existe une bonne coopération entre l'Office social et Youth and Work. Les responsables s'efforcent actuellement à améliorer la diffusion de l'information auprès des jeunes, étant donné qu'une publication dans le bulletin communal ne fait pas vraiment sens. Nombreux sont également ceux qui passent entre les mailles du filet, du fait de ne pas être enregistrés. Cela ne facilite pas la situation.

M. le conseiller Glober suggère que les informations à ce propos pourraient être publiées ultérieurement dans le magazine.

M. l'échevin Lang explique que les chiffres de chômage officiels sont très préoccupants. La cause principale réside la plupart du temps dans des problèmes familiaux, qu'il s'agit de résoudre avant de pouvoir se lancer dans la recherche d'un emploi.

Ce point est adopté à l'unanimité.

E. Convention générale pour les stages pratiques : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que ce point concerne la section GED (Formation d'éducateur) ainsi qu'une convention entre le Lycée technique pour professions éducatives et sociales (LTPES) et la commune de Bertrange. La convention régit l'encadrement et l'accompagnement des élèves suivant la formation d'éducateur au LTPES, qui effectuent leurs stages dans les établissements de la commune. L'objectif est de définir clairement les responsabilités et de créer une base commune pour l'encadrement des stagiaires. Au cours des dernières années, plusieurs modifications ont été apportées au Code du travail, qui se reflètent également dans cette convention. Ainsi, une nouvelle procédure est mise en place pour l'encadrement et la rémunération des stagiaires issus de la section GED du LTPES. La rémunération minimale s'élève à 30 % du salaire social minimum pour les travailleurs non qualifiés, avec la possibilité de consentir une rémunération plus élevée. Une rémunération est obligatoire pour une durée de stage d'au moins quatre semaines, effectué auprès d'un même employeur. L'objectif de cette convention est de créer des accords et des contrats uniformes qui définissent clairement les responsabilités et les obligations des parties impliquées. Actuellement, les élèves des classes de 5e, 4e et 3e effectuent des stages d'initiation de courte durée, allant de une à deux semaines. Il s'agit souvent d'adolescents encadrés dans les établissements communaux lorsqu'ils étaient enfants. Au cours de l'année scolaire 2024-2025, ils étaient au nombre de 26, et quatre jusqu'à présent en 2025. Dans le cadre de la formation d'éducateur dispensée au LTPES, deux élèves ont été admis pour l'année scolaire 2024-2025 et trois pour 2025-2026, qui ont fait l'objet pour la première fois d'une convention correspondante. En outre, un élève a suivi une formation DAP via le LTPES pendant l'année scolaire 2024-2025 ; aucun tel cas n'a encore été enregistré pour l'année scolaire 2025-2026. Pendant l'année scolaire 2025-2026, deux personnes participent à une formation DAP via le CNFPC. Dans le cadre de stages ENAD, deux élèves travaillent dans les établissements au cours de l'année scolaire 2025-2026. Un volontaire a en outre été accueilli en 2025 dans le cadre du service volontaire du SNJ. Par ailleurs, les élèves qui obtiennent leur Brevet A bénéficient d'un contrat de stage non rémunéré avec la commune. Trois élèves en ont bénéficié en 2024 et deux en 2025. Outre les stages, des formations sont proposées, soit dans le cadre du parcours scolaire traditionnel, soit via l'ENAD dans le contexte d'un apprentissage pour adultes. Au cours de l'année scolaire 2025-2026, une apprentie suit la formation CCP « Assistant d'accompagnement au quotidien », tandis que, pendant la même période, deux apprentis suivent une formation DAP dans le domaine de l'éducation.

M. le conseiller Weirich fait remarquer qu'il est important que la commune propose elle aussi des stages. Il n'est pas toujours facile pour les étudiants de trouver une telle opportunité de formation.

M. le bourgmestre De Smet répond que cela se faisait déjà avant la convention. Actuellement, seul le cadre juridique a été adapté.

Ce point est adopté à l'unanimité.

F. Accord de partenariat MEGA-PLUS : approbation

M. le bourgmestre De Smet expose qu'un accord de partenariat MEGA-PLUS est intervenu entre la commune et le ministère de l'Égalité des genres et de la Diversité pour l'année 2025. Au total, 29 communes ont signé un tel accord de partenariat. L'élément central de ce partenariat est la projection du film « Hors d'Haleine », réalisé par le cinéaste luxembourgeois Eric Lamhène, qui aura lieu le 10 décembre 2025 à l'ArcA. Le film suit le parcours d'une femme victime de violence domestique qui a trouvé refuge dans un foyer. La projection du film aura lieu dans le cadre de l'Orange Week et vise à sensibiliser le public à la question de la violence fondée sur le genre et la violence domestique. Dans ce contexte, il est également prévu d'organiser une table ronde interactive avec des acteurs actifs dans ce domaine. L'accord de partenariat régit par ailleurs les obligations respectives de l'État et de la commune. L'une des conditions préalables à la conclusion d'un tel accord est que la commune dispose d'une représentation politique pour l'égalité entre les femmes et les hommes ainsi que d'une représentation du personnel qui s'engage en faveur de cette question. En outre, une commission consultative doit être en place. Au cours des dernières années, ce sujet a fait l'objet d'un travail continu, avec l'organisation régulière de manifestations thématiques, telles qu'un forum théâtral en 2022. Dans ce contexte, M. le bourgmestre De Smet tient à adresser un merci particulier à la commission communale de l'égalité des chances pour son engagement continu.

M. le conseiller Weirich souhaite savoir qui est responsable de l'égalité des chances dans la commune de Bertrange.

M. le bourgmestre De Smet répond que cette responsabilité incombe à Roger Miller pour le collège échevinal et à Nadine Schmit pour l'administration.

Mme la conseillère Moro ajoute que des discussions ont déjà eu lieu avec le ministère, mais que l'on souhaite moins faire de politique et plutôt travailler directement avec les citoyens.

Ce point de l'ordre du jour est adopté à l'unanimité.

G. Contrat de bail pour un logement abordable : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit en l'occurrence d'un contrat de bail. Celui-ci concerne un logement remis en location dans la résidence Aline. Le locataire est une personne seule avec un enfant. Le loyer a été calculé selon les instructions du ministère. Le contrat de bail entrera en vigueur le 1er décembre 2025. Le loyer sera recalculé régulièrement et pourra être ajusté à la hausse ou à la baisse.

Ce point est adopté à l'unanimité.

H. Contrats de bail pour un projet d'installation photovoltaïque en toiture : approbation

M. le bourgmestre De Smet précise qu'il s'agit ici de contrats entre la commune de Bertrange et le parc solaire pour l'installation de systèmes photovoltaïques supplémentaires sur les toits de bâtiments communaux. Concrètement, des

installations seront mises en place sur l'ArcA et sur la centrale de cogénération, ce tant sur les parties existantes que sur les nouvelles parties des bâtiments. Une installation d'une puissance de 20 kWc sera érigée sur l'ancien bâtiment de la centrale de cogénération, et une installation de 18 kWc sur le nouveau bâtiment de la centrale en question. Deux autres installations de 30 kWc chacune seront mises en place sur l'ArcA. Cela permettra de générer une puissance totale de 98 kWc. La durée du contrat est de 20 ans. Le loyer s'élève à 50 euros par installation, soit un total de 200 euros pour les installations sur la centrale de cogénération et l'ArcA. Les travaux ont déjà débuté et, une fois les installations terminées, l'électricité produite sera injectée dans le réseau, comme c'est habituellement le cas pour les petites installations de ce type. De plus, les installations bénéficieront de subventions jusqu'à hauteur de 20 %.

Ce point est adopté à l'unanimité.

I. Contrat de bail à ferme : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il s'agit d'un contrat de bail pour un terrain acquis par la commune lors d'une des dernières réunions du conseil communal, et sur lequel se trouve un entrepôt. Le locataire reste le même. Le loyer s'élève à 2 euros par are ; pour une superficie totale de 8,5 ares, cela représente donc un montant de 17 euros.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

J. Acte notarié relatif à un échange sans soulte : approbation

M. le bourgmestre De Smet expose que ce point concerne une superficie totale de 656,08 m² ainsi que neuf places de stationnement extérieures et deux places de stationnement intérieures. Le conseil communal ayant déjà approuvé à l'unanimité le contrat d'échange le 26 avril 2024, il est procédé à présent à la mise en œuvre finale de cet échange. Le bien est échangé contre un terrain situé rue du Chemin de Fer d'une superficie de 54,26 ares.

La réception des locaux à l'état de gros œuvre s'est déjà faite sous certaines réserves. En raison de l'urgence, l'on a inséré une clause correspondante : celle-ci permet de proposer dès à présent des contrats aux futurs locataires afin qu'ils puissent entamer les démarches administratives nécessaires et ouvrir leurs commerces comme prévu à la fin de cette année ou au début de l'année prochaine. Le cadastre vertical, qui n'est pas encore disponible, sera fourni dès qu'il est prêt, afin de finaliser le dossier. Dans le cadre des accords spéciaux, il a été stipulé que les agents immobiliers, les promoteurs immobiliers et les entreprises de construction ne sont pas autorisés à emménager dans les locaux. Le contrat de base prévoit en outre une servitude permettant l'installation de panneaux photovoltaïques sur le toit. À des fins d'enregistrement, la valeur du terrain a été fixée à 5.977.696 €. Étant donné que cet échange a pour objectif de dynamiser le centre du village grâce à de nouveaux commerces et locaux, l'intérêt public ne fait pas de doute. Il s'agit en fin de compte d'un développement qui profitera directement aux citoyens.

M. le conseiller Rauchs s'interroge au sujet du mode de calcul de ce montant.

M. le bourgmestre De Smet répond qu'au moment de la convention, des experts avaient estimé la valeur des parcelles. Au départ, le prix ne concernait que trois unités, mais désormais, les quatre unités sont obtenues pour le même prix.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.



K. Avenant à la convention relative à un échange sans soulte : approbation

M. le bourgmestre De Smet indique que la convention en question a déjà été signée le 12 avril 2024. La convention relative à un échange sans soulte contient de nombreux points déjà inscrits dans l'acte notarié. Le présent avenant vient préciser l'article 5, afin de le mettre en conformité avec l'objectif initialement prévu. Il y a également été convenu que les frais, honoraires ou coûts d'enregistrement éventuels seront répartis à parts égales entre les parties.

Ce point est adopté à l'unanimité.

L. Acte notarié relatif à l'achat de deux appartements : approbation

M. le bourgmestre De Smet explique que ce point à l'ordre du jour concerne l'acquisition de deux appartements dans le lotissement « Pourpelt ». Cet achat s'inscrit dans la stratégie éprouvée de ces dernières années, qui consiste à saisir systématiquement les opportunités qui se présentent afin d'augmenter en permanence le parc communal de logements abordables. Concrètement, il s'agit de deux logements disposant chacun d'une cave et d'un emplacement de stationnement. L'un des appartements est situé au rez-de-chaussée, présente une surface habitable de 83,67 m² et dispose d'un jardin et d'une terrasse ; le second appartement, situé au premier étage, présente la même surface de 83,67 m² et dispose d'un balcon. Les travaux sont actuellement achevés à environ 70 %, leur achèvement complet étant prévu pour le 3 juillet 2026. Étant donné qu'il s'agit d'un achat en état futur d'achèvement, la répartition des prix est fixée comme suit dans l'acte notarié : la part du terrain s'élève à 684.792,40 euros, tandis que le prix de vente total des appartements est de 1.038.095,60 euros. Sur ce montant, 726.666,92 euros ont déjà été réalisés grâce à l'avancement des travaux, alors que les 311.428,68 euros restants seront dus au fur et à mesure de l'avancement des travaux.

Ce point est adopté à l'unanimité.

M. Acte notarié de cession gratuite : approbation

M. le bourgmestre De Smet indique qu'il a été nécessaire en l'espèce de rouvrir une procédure de faillite afin de liquider formellement la situation existante. Il s'agit d'une affaire concernant un trottoir dans la rue de Strassen, qui doit être cédé à la commune. La surface concernée est de 47 centiares. Étant donné que cette surface doit être intégrée à l'espace public, l'aspect de l'intérêt public est déterminant dans ce cas.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

06. Projets

A. Devis supplémentaire relatif à la construction du nouveau SEA « bei der Gemeng » : approbation

M. le bourgmestre De Smet expose qu'il s'agit d'un devis supplémentaire pour le nouveau SEA « bei der Gemeng », sujet à approbation. Le montant s'élève à environ 2.105.300 euros. Pour ce qui est de la composition de ce budget supplémentaire, il convient de souligner que le collège échevinal a mené des négociations intenses et a fait examiner de manière systématique chaque augmentation de prix et chaque exigence supplémentaire. Sans cette démarche rigoureuse, le montant total aurait certainement été bien plus élevé.

M. le conseiller Rauchs demande s'il s'agit uniquement du SEA.

M. le bourgmestre De Smet répond par l'affirmative.

Ce point est adopté à l'unanimité.

07. Finances

A. Décomptes de travaux extraordinaires : approbation

M. l'échevin Lang précise qu'il s'agit en l'occurrence de travaux achevés. Le devis pour les travaux relatifs au restaurant B13 s'élevait à 260.000 euros pour des coûts réels de 259.784,05 euros. Pour la rue de la Fontaine, le devis prévoyait 3.075.000 euros et, une fois les travaux terminés, les factures se sont élevées à 2.969.473,50 euros. Les coûts pour le terrain de beach avaient été estimés à 400.000 euros et s'élèvent finalement au total à 376.578,49 euros. Les coûts pour ces trois postes sont donc restés inférieurs au montant estimé.

M. le conseiller Rauchs se réjouit que la dispute autour du terrain de beach soit maintenant terminée.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

08. Commissions consultatives

A. Constitution de la commission consultative SEA

M. le bourgmestre De Smet explique qu'il est prévu de réinstaurer la commission SEA. Étant donné que les enfants de Bertrange passent une grande partie de leur temps au SEA, il est primordial de créer une plateforme permettant aux différents acteurs d'échanger régulièrement. La commission est composée comme suit : un membre du conseil communal exerçant la fonction de président, le chargé de direction du SEA, le responsable du site « Beiestack », le responsable du site « Bei der Gemeng », un représentant de l'association des parents d'élèves, un représentant des représentants des parents d'élèves et le président du comité de l'école.

M. le bourgmestre De Smet précise que les tâches de cette commission portent sur l'organisation générale des activités du SEA, telles que le projet de jardinage, le projet forestier ou les ateliers de cuisine, ainsi que sur l'organisation ponctuelle de manifestations telles que le marché d'hiver. Par ailleurs, la commission s'occupe de l'élaboration de nouvelles idées et de concepts pédagogiques. L'un des objectifs centraux consiste à promouvoir de manière ciblée le dialogue entre les différentes parties prenantes, telles que l'école, les représentants des parents et l'association des parents. Une collaboration plus étroite doit permettre de créer des synergies afin d'aborder les projets ensemble, plutôt que de laisser chaque acteur agir de manière isolée. Il est toutefois expressément précisé que la gestion du personnel ne relève pas du domaine de compétence de ce groupe.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. Commission consultative SEA : nomination des membres

Les membres suivants sont élus à l'unanimité à la commission consultative SEA :

Pour le conseil communal : Francine Moro

Pour la direction du SEA : Joëlle Rippinger

En tant que responsable du site « Beiestack » : Jil Schaul

En tant que responsable du site « Bei der Gemeng » : James Martins



En tant que représentant de l'association des parents d'élèves : Ahmed Idrissi Ouedrhiri

En tant que représentant des représentants des parents d'élèves : Marc Muller

09. Nature

A. Plan de gestion des forêts communales – exercice 2026 : approbation

M. l'échevin Miller explique qu'il s'agit en l'occurrence du plan de gestion forestière. Il apparaît clairement que l'écart entre les coûts et les recettes ne cesse de se creuser. Tout devient plus cher, tandis que les recettes diminuent. Cela s'explique par le fait que le préposé forestier local ne prélève que les ressources de la forêt susceptibles de repousser. Le changement climatique joue également un rôle crucial à cet égard. En raison de la sécheresse croissante, la forêt ne repousse plus correctement. Le bois n'est donc plus exporté, mais transformé sur place, que ce soit en bancs ou en étagères pour livres. Un inventaire national réalisé en 2023 a révélé que 80 % des arbres étaient en mauvais ou très mauvais état. Il y a 40 ans, la situation était inverse, et 80 % des arbres étaient en bonne santé. Pour contrer ce phénomène, le préposé forestier enlève les arbres malades et les remplace par de jeunes chênes, ceux-ci étant plus résistants à la sécheresse. Nonobstant, la forêt de Bertrange ne se trouve pas dans un état désolant. Une cigogne noire a déjà été aperçue dans la forêt alluviale. Le préposé forestier s'occupe à la fois de l'entretien de la forêt et des chemins forestiers. Il est également procédé à la collecte de graines indigènes afin de préserver les espèces. Des mesures sont également prises contre les espèces végétales envahissantes, telles que la berce du Caucase. La chenille processionnaire du chêne disparaît progressivement de nos régions. Par contre, le raton laveur continue de se propager, tout comme le Frelon asiatique à pattes jaunes. L'on organise également des activités pour les enfants dans la forêt. Les dépenses s'élèvent ainsi à 242.500 euros, contre des recettes à hauteur de 76.300 euros.

M. le bourgmestre De Smet se félicite de l'excellente coopération avec le préposé forestier.

M. le conseiller Rauchs fait remarquer que, dans ce domaine, chaque euro est bien investi et que le montant est faible par rapport au travail accompli.

Mme la conseillère Schuster remercie M. l'échevin Miller pour ses explications détaillées et le préposé forestier ainsi que son équipe pour le travail accompli et l'entretien exemplaire de la forêt. Elle souligne l'importance d'une forêt saine, ce à la fois en tant qu'habitat pour les animaux et comme lieu de détente pour les citoyens. Elle se dit préoccupée par le problème du Frelon asiatique à pattes jaunes. Elle regrette que seuls quelques spécialistes soient actuellement à même de l'éliminer. Compte tenu de l'augmentation rapide du nombre de cas en Allemagne, il convient d'être vigilant au Luxembourg.

M. le conseiller Weirich se rallie aux intervenants précédents. Il estime toutefois qu'il serait judicieux d'installer des panneaux plus grands à différents endroits pour signaler la nécessité de rester sur les chemins. Le nouveau pont en bois présente également un risque en matière de sécurité, étant donné qu'il devient très glissant par temps de pluie.

Ce point est adopté à l'unanimité.

B. SICONA : approbation du programme d'action 2026

M. l'échevin Miller expose qu'il s'agit là aussi d'un investissement judicieux, puisqu'il concerne le syndicat Sicon. Il y a lieu de devenir plus résistant, raison pour laquelle cet investissement est réalisé. Les postes les plus importants

concernent l'entretien des biotopes, la taille des haies et le pâturage des prairies marécageuses, ainsi que la maintenance des vergers. De nouveaux biotopes sont également aménagés en permanence afin d'offrir un habitat à des espèces supplémentaires. Ces mesures sont subventionnées à 100 % par l'État. Il est en outre prévu de construire une tour à hirondelles pour garantir la préservation de cette espèce d'oiseaux. Le coût de ces travaux s'élève à 336.000 euros.

M. le conseiller Rauchs demande s'il ne serait pas possible de lancer un projet avec Sicon dans le parc solaire, en sus d'y faire paître les moutons.

M. le bourgmestre De Smet répond que le pâturage est une suggestion de Sicon. Cependant, cette question peut être réexaminée.

Ce point est adopté à l'unanimité.

C. Devis relatif à la mise en état de la voirie rurale : approbation

M. l'échevin Miller explique que ce point a trait au devis concernant la remise en état des chemins ruraux. Concrètement, il s'agit du projet « Houkiermert », dont le coût est estimé à 131.500 euros.

Ce point est adopté à l'unanimité.

10. Regional Museksschoul Westen

A. Organisation scolaire rectifiée 2025/2026 : approbation

Mme la conseillère Philippe explique qu'il s'agit ici de l'adaptation de l'organisation scolaire de la « Regional Museksschoul Westen ». L'organisation scolaire provisoire a déjà été votée par le conseil communal le 22 mai 2025. Pour l'année scolaire 2025/2026, on compte 2.693 élèves, contre 2.638 l'année scolaire précédente. Les inscriptions se sont faites à l'aide de codes QR et se sont bien déroulées. La commune de Helperknapp a testé à cette fin une nouvelle application susceptible d'être utilisée à l'avenir dans d'autres communes. À Bertrange, 81 élèves sont inscrits à l'éveil musical, 329 à la formation musicale, 303 aux cours individuels et 516 aux cours collectifs. Les instruments les plus populaires restent le piano, la percussion et la guitare. En outre, il est organisé à nouveau cette année un projet pédagogique, le chant choral, en collaboration avec les cycles 2 et 3 de l'école de Bertrange. Le coût d'une heure est de 6.912,53 euros pour l'année scolaire, soit 8,6 % de moins que l'année précédente. Cela s'explique par un excédent de recettes de 2.250.000 euros pour l'année scolaire 2023/2024. Sans cet excédent, le coût d'une heure serait de 7.683,08 euros. Au total, il sera enseigné un total de 76.985 minutes cette année pour un prix de 8.869.352,03 euros. Pour la commune de Bertrange, cela représente 13.615 minutes pour un prix de 1.568.568,27 euros. Les subventions de l'État s'élèvent à 5.664.937,64 euros, dont 1.057.627,19 euros pour la commune de Bertrange. La participation propre de la commune pour l'année scolaire 2024/2025 s'élève donc à 646.178,23 euros.

M. le conseiller Weirich fait remarquer que le cours de théâtre est très fréquenté, avec 51 élèves répartis dans 3 cours collectifs, soit 17 élèves par cours. Les différentes classes d'âge sont mélangées, ce qui est enrichissant pour tous. Les enfants s'intéressent également à d'autres formes et disciplines artistiques, raison pour laquelle il se prononce en faveur d'un élargissement de l'offre.

Le conseil communal adopte ce point à l'unanimité.

B. Avenant à la convention conclue avec l'UGDA : approbation

Mme la conseillère Philippe explique qu'il s'agit en l'occurrence de l'adaptation de la convention conclue avec l'UGDA. Pour l'année scolaire 2025/2026, un



montant de 9.921.208,68 euros a été prévu à titre de couverture des frais encourus. Ce montant est désormais revu à la baisse à 8.869.352,03 euros.

Ce point est adopté à l'unanimité.

11. Circulation

A. Règlements de circulation d'urgence à caractère temporaire : confirmation

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la Cité Pourpelt, applicable du 31 octobre au 12 décembre 2025.

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la Cité am Wenkel, applicable du 24 novembre au 6 décembre 2025.

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue Alphonse München, applicable du 4 au 28 novembre 2025.

M. l'échevin Miller explique qu'il est question en l'espèce d'un règlement de circulation à caractère temporaire dans la rue de Strassen, applicable du 15 novembre au 15 décembre 2025.

12. Divers

A. Aide aux sinistrés des Philippines

M. le bourgmestre De Smet expose qu'un don de 15.000 euros sera versé à l'association « Médecins sans frontières » pour venir en aide aux victimes du typhon aux Philippines.

Ce point est adopté à l'unanimité.

La séance est levée à 12h10.



THE MUNICIPAL COUNCIL

DP



Youri De Smet *(Mayor)*



Marc Lang *(Alderman)*



Frank Colabianchi *(Councillor)*



Monique Smit-Thijs *(Councillor)*



Francine Moro Oliveira Costa *(Councillor)*



Nadine Philippe *(Councillor)*



Mariette Gallmeister *(Councillor)*

Déi Gréng



Roger Miller *(Alderman)*



Stefan Globber *(Councillor)*

CSV



Nadine Schares *(Councillor)*



Guy Weirich *(Councillor)*



Marc Rauchs *(Councillor)*

LSAP



Yolande Schuster *(Councillor)*



MINUTES OF THE MEETING OF THE MUNICIPAL COUNCIL

HELD ON 28 NOVEMBER 2025 AT 08.30 AM

Present:

DP

Youri DE SMET (Mayor)
Marc LANG (Alderman)
Frank COLABIANCHI (Councillor)
Francine MORO (Councillor)
Nadine PHILIPPE (Councillor)
Marianne GALLMEISTER (Councillor)

déi gréng

Roger MILLER (Alderman)
Stefan GLOBER (Councillor)

LSAP

Yolande SCHUSTER (Councillor)

CSV

Guy WEIRICH (Councillor)
Marc RAUCHS (Councillor)

Sophie HUMBERT (Deputy Secretary)

Excused: Monique SMIT-THIJS (Councillor/DP, proxy to Mayor De Smet for items 1; 3–7; 9–12); Nadine SCHARES (Councillor/CSV, proxy to Councillor Weirich for items 1; 3–7; 9–12)

Agenda

In public session:

01. | Approval of the agenda

In closed session:

02. | Personnel management
A. Childhood education and care (SEA): Recruitment of municipal employees

In public session:

03. | Information and correspondence
04. | Regulations
A. Internal regulation of the Municipal Council, the statutory and advisory committees of the municipality of Bertrange: Amendment
B. Regulation concerning the organisation of the service for older citizens: Repeal
C. Municipal regulation on the provision of a minibus: Amendment
05. | Agreements, contracts and notarial deeds
A. Regulation concerning the organisation of the service for older citizens: Approval
B. Agreements for financial contributions – affordable housing: Approval
C. Partnership agreement What Water a.s.b.l.: Approval

D. Youth & Work agreement: Approval
E. General agreement for internships: Approval
F. MEGA Plus partnership agreement: Approval
G. Lease agreement for affordable housing: Approval
H. Lease agreements for a rooftop photovoltaic project: Approval
I. Tenancy agreement: Approval
J. Notarial deed of exchange without equalisation payment: Approval
K. Addendum to the agreement for an exchange without equalisation payment: Approval
L. Notarial deed for the purchase of two flats: Approval
M. Notarial deed for the transfer without compensation: Approval
06. | Projects
A. Additional cost estimate for the construction of the new SEA “beider”: Approval
07. | Finances
A. Settlement of extraordinary work: Approval
08. | Advisory Committees
A. Establishment of the SEA Advisory Committee
B. SEA Advisory Committee: Appointment of members
09. | Nature
A. Management plan for the municipal forests – 2026 financial year: Approval
B. SICONA: Approval of the 2026 Action



- C. Cost estimate for the repair of rural roads: Approval
- 10. | Regional Museksschoul Westen
 - A. Adapted school organisation 2025/2026: Approval
 - B. Amendment to the agreement with the UGDA: Approval
- 11. | Traffic
 - A. Confirmation of emergency traffic regulations: Approval

- 12. | Miscellaneous
 - A. Help for the victims in the Philippines



In public session:

01. Approval of the agenda

Mayor De Smet asks if the Municipal Councillors approve the agenda.

The Municipal Council unanimously approves the agenda.

In closed session:

02. Personnel management

A. Childhood education and care (SEA): Recruitment of municipal employees

Since the deliberations took place in closed session, kindly note that we are unable to publish any details here. (Editor's note)

In public session:

03. Information and correspondence

Mayor De Smet states that Marta Coelho Rodrigues and Evelyn Giese have been recruited as educators for the SEA, and Meggy Muller, Inès Notarnicola and João Marques Rodrigues as assistant educators. They will take up their duties on 1 January and 1 February 2026 respectively.

Mayor De Smet also states that:

- the adjusted 2025 budget and the 2026 budget of the Mamer joint Social Welfare Office have been received. The adjusted 2025 budget will close with a surplus of around 70,000 euros in the ordinary budget and 2,500 euros in the extraordinary budget. A comparison of the two budgets shows that there will be significant increases on both the expenditure and income sides in 2026. This is due to the completion of a project comprising 19 flats in the municipality of Mamer, which will be managed by the Social Welfare Office. This will have a corresponding impact on the budget. The contribution of the municipality of Bertrange amounts to 166,438.06 euros for 2025 and 176,396.67 euros for 2026. Mayor De Smet thanks all staff for the work that they do each day.

The population on the day of the meeting amounts to 9,465.

The treasury balance stands at 17.9 million euros.

04. Regulations

A. Internal regulation of the Municipal Council, the statutory and advisory committees of the municipality of Bertrange: Amendment

Mayor De Smet states that the internal regulation governs the functioning of the Municipal Council and its various committees. It is a set of rules that must be updated regularly in order to keep pace with developments. The

College of Aldermen is therefore proposing several amendments to the Municipal Council, which have already been presented and discussed in a working session. He will now address the points to be revised. The most significant change concerns the adjustment in connection with the introduction of audio-visual transmission, i.e. a livestream that the citizens can watch as a video. The corresponding impact analysis for data protection has therefore also been revised. This primarily concerns third parties who take part in Municipal Council meetings and must state whether or not they wish to be filmed. The recordings of the Municipal Council meetings are available online for a period of six years, i.e. one legislative term. Another point is that documents relating to Municipal Council meetings can be viewed online. Although this has already been practised since Covid, it has now also been set out in writing. The law also provides for proxy voting, which will likewise be incorporated into the internal regulation. The seating arrangement of the Municipal Council is determined by the Municipal Council itself. There have also been some editorial adjustments and clarifications. The municipal bulletin and online publications are also governed by the internal regulation. This includes publication in three languages – German, French and English – and a summary of the contributions made during Municipal Council meetings. In addition, the municipal bulletin will be revised and the content will evolve into a magazine that reports more on municipal projects and services, clubs/associations, culture and school, in order to strengthen the citizens' connection to the village. Work on this redesign is underway but will still take a while to complete. The magazine is intended to reflect a more modern form of communication with the citizens of Bertrange. No changes have been made to the way the committees operate, as a draft law is currently being prepared, which itself will bring various changes.

Councillor Rauchs wishes to ask whether the report is still available online in its original form and only printed in a shortened version. He notes that it is important for the opposition parties that this platform does not disappear entirely. He supports the idea of the magazine, describing it as a more modern approach. Will additional languages be considered, or will it remain solely in German, French and English? Should they limit themselves for the future with specifically listing these? With regard to the item "Information and correspondence", it remains the case that the Municipal Councillors are not able to comment or ask questions. He considers this unfortunate, as it often prevents interesting topics from being explored in more depth.

Mayor De Smet responds that only matters directly related to the respective agenda item will now be recorded. Lengthy discussions will no longer be put down on paper. There are no plans for additional languages at present. The internal regulation can be amended again at any time. With regard to the item "Information and correspondence", it is possible in principle to formally submit relevant questions to the College of Aldermen, so that they can be prepared and reviewed accordingly and answered in detail. This ensures that concerns are not merely noted but are actually dealt with in depth, which ultimately is also in the citizens' interests.

Councillor Colabianchi adds that the opposition has never been muzzled. The municipality is one of the few to have produced an analytical report of Municipal Council meetings since the 1980s. In the past, every member of the Municipal Council has had the opportunity to review the report before its publication and even suggest improvements. Bertrange was also one of the first municipalities to publish the report in several languages. In addition, it will remain possible to read about the meetings online and, thanks to the livestream, also watch or listen to them, thus providing an additional source of information. With regard to the point raised by Councillor Rauchs concerning "Information and correspondence", absolutely nothing will change in the future.



Councillor Glocber notes that the livestream of the meetings will make it easier for citizens to have them translated into their preferred language using AI.

Councillor Schuster thanks Mayor De Smet for the explanations and notes that her question regarding the summary of the contributions made during Municipal Council meetings is now clearer. She believes a magazine in A4 format would be better and more appealing to the citizens. It is more practical, modern, colourful, lively and contemporary. As for the language issue, it is impossible to please everyone, given that more than 110 different nationalities are represented in the municipality. With a view to sustainability, the magazine should be compact and focus on essential information about administrative processes and what is happening in the municipality. The livestream is also a valuable tool that provides barrier-free access to information for visually impaired citizens. She then revisits her proposal from the “Commission des Projets Communaux”, suggesting that citizens should be given the choice of continuing to receive the municipal bulletin “Buet” in print or only in digital form.

Mayor De Smet responds that you cannot please everyone. The aim is to reach as many citizens as possible, bring municipal services closer to them and also give local clubs/associations more visibility. The response remains to be seen. The print version will be retained for the time being; in future, there could be an option to cancel it and only have access to the magazine in digital form.

Alderman Miller responds to Councillor Rauchs’ comment regarding the languages. The feedback received has not been conclusive. As Luxembourgers are generally able to communicate in three languages, publication in the three intended languages is considered sufficient.

Councillor Weirich notes that he agrees with the statement made by Councillor Colabianchi. The Municipal Council meetings have always been conducted in a democratic manner, and the report has always been printed in full. They do not want to take a step backwards; this has now been clarified. With regard to the item “Information”, citizens are also asking why no one is making a statement on it. He does not quite understand how a question can be summarised without losing its meaning. He is pleased that they are now introducing a livestream. The question of doing so had already been raised in 2023 following the elections. With regard to the new magazine, his party is open to constructive cooperation.

Mayor De Smet responds that the format of the magazine is still in its infancy. The next step is to gather ideas and strike the right balance. This will also be presented to the Municipal Council. Questions should be kept as brief as possible, and the same applies to the answers. They must avoid digressing and remain within a certain framework. The internal regulation will also continue to be adapted as necessary.

This item is unanimously adopted.

B. Regulation concerning the organisation of the service for older citizens: Repeal

Mayor De Smet states that this concerns the repeal of the regulation governing the organisation of the service for older citizens and people with physical disabilities, which has been in place for the past 15 years. This regulation is to be repealed because the service is to be governed by a new agreement.

This item of the agenda is unanimously adopted.

C. Municipal regulation on the provision of a minibus: Amendment

Mayor De Smet states that the regulation concerning the provision of a minibus was already approved at the Municipal Council meeting on 26 September 2025. It will enter into force on 1 January 2026 and is intended to benefit local clubs and associations. The current amendment concerns the section covering insurance and liability. They thereby want to prevent clubs/associations from finding themselves in a grey area. An excess of 500 euros is envisaged to ensure that each club/association is aware of its responsibility. This also serves as a safeguard to avoid having to pay out too much in the event of damage. If the insurance company refuses to cover the damage because the driver acted negligently – particularly under the influence of alcohol or in any other way that breaches the terms of the policy – the club/association in question is obliged to cover the costs itself.

Councillor Rauchs asks whether the 500-euro amount is stipulated by the insurance company or whether it was decided by the College of Aldermen. He also asks when this regulation will come into force.

Mayor De Smet replies that the amount was set by the College of Aldermen itself. The service will be available from 1 January 2026 and will also be presented to the clubs/associations at the volunteers’ evening.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

05. Agreements, contracts and notarial deeds

A. Agreement for the organisation of the service for older citizens: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns the new agreement with “Solina Aarbechtshëllef asbl”. This service, which includes gardening, minor repairs, cleaning work and a laundry service, has been made available to the citizens for the past 15 years. The reason for this new agreement is a request from the Ministry of Labour for a more transparent and detailed pricing structure. The aim is also to ensure that the service does not become more expensive for the citizens who use it. On the contrary, the intention is to support, in particular, older citizens and those who are no longer able to carry out these tasks themselves for health reasons. The changes relate to the pricing structure. In the past, the same hourly rate has been charged regardless of whether the work was carried out by a supervisor or a regular worker. Overall, it has been possible to establish a pricing structure that reflects the previous pricing model without customers having to pay more. In addition, a further step has been taken: the number of hours covered by the municipality has been increased from 16 to 20 per month. In other words, for gardening, maintenance and minor repair work, the municipality covers the full travel expenses, the flat-rate materials charge, the cost of transportation to the recycling centre, half the cost of leasing a small van, all administrative costs, and 5 euros per worker per hour, regardless of whether the work is carried out by a supervisor or a regular worker. For household work, the municipality covers the full travel expenses, the flat-rate materials charge, and the administrative costs. In addition, it pays 7 euros per worker per hour. Those affected will be informed of these changes in writing. In addition, the invoice will also set out in detail which costs are covered by the municipality and which are borne by the beneficiaries.

Councillor Rauchs would like to know how the other citizens will be informed about this change. He also wishes to ask how many people use this service.



Mayor De Smet states that the information will be published in the municipal bulletin. Solina itself will also inform its customers. Furthermore, the organisation is moving into one of the new premises in the village centre, which will also give it greater visibility. In 2024, 74 citizens made use of the service, with around 700 interventions carried out. An amount of 65,000 euros has been earmarked for this item in the 2026 budget.

Councillor Schuster notes that this is a good initiative and that valuable work is being done. Does it often happen that payments are not made?

Mayor De Smet replies that it does not.

This item is unanimously adopted.

B. Agreements for financial contributions – affordable housing: Approval

Mayor De Smet states that two agreements have been concluded for the purchase of a total of three apartments, for which financial support has been applied for under the “Aide à la Pierre” scheme. These agreements were concluded between the state, represented by the Ministry of Housing and the municipality of Bertrange as the social housing provider. They govern the intended use of the flats, the conditions for their allocation, the financial support and the compensation for the public service. The flats will be registered in the RENLA, as already envisaged. Affordable housing also means affordable rents, which is why the municipality is committed to renting out these flats at reasonable rates for the entire duration of their existence. The financial support amounts to 466,179 euros for the flat in the Pourpelt settlement on Rue des Celtes, and a total of 808,130 euros for the two flats in the Rilsper settlement on Rue des Platanes. This corresponds to 75 percent of the eligible costs. The land share entails a higher financial outlay for the municipality; nevertheless, it has made a deliberate commitment to creating affordable housing and accepts this responsibility even if additional funds are required. In addition, the municipality receives compensation for the public service. This amounts to 155,939 euros for the flat in Pourpelt and 269,377 euros for the flats in Rilsper.

Councillor Rauchs asks why the subsidies are only just being applied for now, given that the flats have already been bought. Is this normal procedure? Is the municipality now officially a “promoteur social”?

Mayor De Smet confirms that this is the correct procedure. The subsidies can be applied for once the flats are rented out. “Promoteur social” is merely a term and should not be confused with a social landlord.

Councillor Colabianchi notes that the new procedure is much simpler.

This item is unanimously adopted.

C. Partnership agreement What Water a.s.b.l.: Approval

Mayor De Smet states that this concerns an agreement with “What Water”. What Water is an organisation that uses art as a universal language to raise awareness of the global water crisis while also funding specific solutions, including the creation of direct access to clean drinking water. Around 800 million people worldwide lack access to clean water. The organisation’s mission is to provide clean drinking water to eight million people by 2030, thereby helping to achieve the United Nations’ goals. What Water’s activities mainly focus on Central Africa, where it builds boreholes, wells, water towers and digital smart water towers. As the municipality of Bertrange has always been committed to supporting development and cooperation work,

it is aiming to continue these efforts through this agreement. Considering that the United Nations only officially recognised the human right to clean drinking water and sanitation in 2010, it becomes even clearer just how important it is for municipalities to actively support such initiatives. What Water is based in Luxembourg. The organisation is mainly funded through private and corporate sponsorship, partnerships, the sale of artworks at events that bring together African and European artists, as well as donations from patrons and businesses. The proceeds from art sales are split equally – 50 percent is invested in water projects and 50 percent is distributed to the participating artists. Specifically, the municipality of Bertrange will co-finance the construction of two solar-powered water towers in the municipality of Fouban in Cameroon. In addition, the funds provided will be used to train three individuals who will be responsible for managing and maintaining the facilities. At the same time, the local population, especially young people, should be made more aware of water-related issues. The project is called “Opération Mélusine pour Fouban”. The municipality of Bertrange undertakes to transfer an amount of 30,000 euros to What Water; the detailed cost breakdown is set out in the agreement. It is worth noting that those responsible at local level are also making a financial contribution and will cover 50 percent of the project costs. The agreement also sets out how many people in the two affected villages will benefit from this infrastructure. Access to clean drinking water as a fundamental human right should be supported, which is why there is a strong belief that this project will make a valuable and lasting contribution.

Councillor Weirich states that his party welcomes the project. Access to clean water is extremely important. This is not just about providing access to water, but also about educating the citizens how to use it responsibly. Everyone has a responsibility here, not just the Ministry of Cooperation. The municipality of Bertrange is also fulfilling its responsibility in this regard.

Mayor De Smet states that, during the meeting with the organisation, they asked about subsidies from the competent ministry. At present, it does not receive any subsidies, as it does not yet have the appropriate legal status to qualify for support from the ministry. This is a good starting point, and if the project proves successful, further funding can always be provided.

Councillor Colabianchi states that this is an interesting project. He also appreciates the College of Aldermen’s approach of starting with a fixed amount. The amount can be increased at a later stage if necessary. The potential involvement of the ministry offers an additional layer of security. The organisation is active on the ground itself, which is especially important in Cameroon, where corruption is sadly known to be widespread. They can thereby be sure that the funds reach the right place.

Alderman Miller notes that this project is being carried out in partnership with the local population. This is a major advantage compared to earlier approaches.

Alderman Lang adds that the project is also supported by well-known figures such as Yannick Noah, as well as major Luxembourg-based companies like Arendt&Medernach.

Councillor Schuster states that drinking water should be accessible to everyone, which makes it all the more important to support such projects.

This item is unanimously adopted.



D. Youth & Work agreement: Approval

Mayor De Smet states that this concerns the conversion of the existing agreement into a service contract with Youth & Work. Under EU regulations, any public funding of a service provider must be legally compliant to ensure it does not constitute state aid that would breach competition law. The aim of this agreement is therefore to define the costs and the calculation of the compensation clearly and transparently. The compensation may only cover the actual costs incurred, and appropriate control mechanisms must be put in place to prevent overcompensation. In this sense, nothing will change for the municipality or for the young people who make use of this service. From a budgetary perspective as well, the expenditure remains within the financial framework already provided last year; the corresponding financial breakdown has also been presented. The planned financial control mechanisms include the preparation of financial statements and – as a new addition – auditing by an external auditor. The agreement has a maximum term of ten years from 1 January 2026 and may be terminated annually with three months' notice. The official youth unemployment rate currently stands at 19.8 percent. However, the actual figures are likely to be significantly higher due to unrecorded cases.

Councillor Rauchs notes that the number of young people making use of the service has always been around seven. With the planned budget, support for around 14 young people is secured. Is it possible to see who needs and receives how much coaching?

Mayor De Smet replies that the support is tailored to each individual. The young person must take the first step and actively make use of the service. Their situation is then assessed, and they are guided in moving forward.

Councillor Schuster considers it a good initiative to support young people entering the world of work if they have dropped out of school or lost their jobs. Often, the problem is not just the search for work but also other difficulties in everyday life. She assumes that the number of unreported cases is higher than generally thought. She welcomes the renewal of the ten-year agreement. Councillor Schuster raises the question of whether the service is sufficiently well known among all young people. Awareness should continue to be raised so that the service can be used more widely by all potential beneficiaries.

Mayor De Smet states that there is good cooperation between the Social Welfare Office and Youth and Work. They are still working on how best to reach young people with the information, as publishing it in the municipal bulletin is unlikely to be effective. Many also fall through the cracks, as they are not recorded anywhere. This does not make the situation any easier.

Councillor Glober suggests that the information could be published in the magazine at a later stage.

Alderman Lang states that the official unemployment figures are also alarmingly high. Family problems are often the main cause, and these need to be addressed before a job search can begin.

This item is unanimously adopted.

E. General agreement for internships: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns the GED section of the educator training programme and an agreement between the Lycée technique pour professions éducatives et sociales (LTPES) and the municipality of Bertrange. The agreement governs the supervision and support of students from

the LTPES educator training programme who complete their internships in the municipality's facilities. The aim is to establish clear responsibilities and create a shared framework for the supervision of interns. In recent years, several amendments have been made to the Code du travail, which are also reflected in this agreement. A new approach is being introduced for the supervision and compensation of interns from the GED section of the LTPES. The minimum pay amounts to 30 percent of the social minimum wage for unskilled workers, although a higher amount can be offered. Compensation is mandatory if the internship lasts at least four weeks and is completed with the same employer. The aim of this agreement is to establish standardised agreements and contracts that clearly define the responsibilities and obligations assumed by each party. Students in classes 5e, 4e and 3e currently complete short taster internships lasting one to two weeks. This often involves young people who were previously cared for as children at municipal facilities. In the 2024–2025 school year, there were 26 students; in 2025, there have been four so far. In the LTPES educator training programme, two students were admitted for the 2024–2025 school year and three for 2025–2026. For these cases, a formal agreement has now been concluded for the first time. In addition, one pupil completed a DAP programme through the LTPES in 2024–2025; no such case has been recorded so far for 2025–2026. Two individuals are taking part in a DAP programme through the CNFPC in the 2025–2026 school year. As part of ENAD internships, two students are working in the facilities during the 2025–2026 school year. In addition, one volunteer was accepted in 2025 as part of the SNJ voluntary service scheme. Furthermore, students completing their Brevet A also receive an unpaid internship agreement with the municipality. Three students benefited from this in 2024 and two in 2025. In addition to internships, trainings are also offered – either through the standard school-based pathway or via ENAD as part of adult education. In the 2025–2026 school year, one trainee is completing the CCP programme “Assistant d’accompagnement au quotidien”, while two others are completing a DAP programme in the field of education.

Councillor Weirich notes that it is important for internships to be offered by the municipality as well. Finding such a placement is not always easy for students.

Mayor De Smet responds that the municipality had already been doing this prior to the agreement. Today, the only change has been to adapt the legal framework.

This item is unanimously adopted.

F. MEGA Plus partnership agreement: Approval

Mayor De Smet states that, for 2025, a MEGA Plus partnership agreement was concluded between the municipality and the Ministry for Gender Equality and Diversity. A total of 29 municipalities have signed such a partnership agreement. The central element of this partnership is the screening of the film “Hors d’Haleine”, directed by Luxembourgish filmmaker Eric Lamhène, which will take place at the ArcA on 10 December 2025. The film tells the story of a woman who has been a victim of domestic violence and finds refuge in a specialist support facility. The film screening is part of Orange Week and aims to raise public awareness of gender-based and domestic violence. An interactive discussion with professionals working in this field is also planned in this context. The partnership agreement also sets out the respective obligations of the state and the municipality. One of the prerequisites for concluding such an agreement is that the municipality has both a political representative for gender equality and a staff representative who is actively engaged with this issue. In addition, an advisory committee must be in place. In recent years, continuous efforts have been made in this area and regular themed events have been organised, such as a theatre forum in 2022.

Special thanks goes to the municipal gender equality committee for its ongoing commitment in this area.

Councillor Weirich asks who is responsible for equal opportunities in the municipality of Bertrange.

Mayor De Smet states that Roger Miller is responsible on behalf of the College of Aldermen, and Nadine Schmit on behalf of the administration.

Councillor Moro adds that meetings have already taken place with the ministry, but the aim is to focus less on politics and more on working directly with the citizens.

This item of the agenda is unanimously adopted.

G. Lease agreement for affordable housing: Approval

Mayor De Smet states that this item concerns a lease agreement. It relates to a flat in the Aline multi-family house that is being newly let. The tenant is a single parent with a child. The rent is calculated in accordance with the ministry's guidelines. The lease agreement is effective from 1 December 2025. The rent will be regularly recalculated and can be increased or decreased.

This item is unanimously adopted.

H. Rental agreements for a rooftop photovoltaic project: Approval

Mayor De Smet states that this concerns contracts between the municipality of Bertrange and the solar park for the installation of additional photovoltaic systems on the roofs of municipal buildings. Specifically, systems will be installed on the ArcA and on the combined heat and power plant, covering both existing and new building sections. A system with a capacity of 20 kWp will be installed on the old building of the combined heat and power plant, and a second system with 18 kWp on the new building of the combined heat and power plant. Two additional systems, each with a capacity of 30 kWp, will be installed on the ArcA. This brings the total capacity to 98 kWp. The contracts have a term of 20 years. The rental price amounts to 50 euros per installation, totalling 200 euros for the systems on the combined heat and power plant and the ArcA. Work has already begun, and once installation is complete, the electricity generated will be fed into the grid, as is customary for smaller systems of this kind. In addition, the installations are eligible for subsidies of up to 20 percent.

This item is unanimously adopted.

I. Tenancy agreement: Approval

Mayor De Smet states that this concerns a tenancy agreement for a plot of land acquired by the municipality in a recent Municipal Council meeting, on which a storage hall is located. The tenant is the same as before. The rent is set at 2 euros per are; with a total area of 8.5 ares, this amounts to 17 euros.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

J. Notarial deed of exchange without equalisation payment: Approval

Mayor De Smet states that this concerns a total area of 656.08 m², along with nine outdoor parking spaces and two indoor parking spaces. Following the Municipal Council's unanimous approval of the exchange agreement on 26

April 2024, the exchange is now being finalised. As part of this, the property is being traded for a plot of land on Rue du Chemin de Fer with an area of 54.26 ares.

The handover of the premises in shell condition has already been completed, subject to certain reservations. Due to the urgency of the matter, a corresponding clause was included: It allows future tenants to be offered contracts already, so that they can start taking the necessary administrative steps and open their businesses as planned at the end of this year or the beginning of next year. The outstanding vertical cadastre will be submitted as soon as it is available, in order to finalise the deed. As part of the special agreements, it was stipulated that no estate agents, property developers or construction companies may move into the premises. In addition, the base contract will include an easement allowing for the installation of photovoltaic systems on the roof. For registration purposes, the land value was set at 5,977,696 euros. As the aim of this exchange is to revitalise the village centre with new shops and venues, this is clearly in the public interest. Ultimately, this is a development that will benefit the citizens directly.

Councillor Rauchs asks how the amount was determined.

Mayor De Smet replies that the plots were valued by experts at the time of the agreement. The initial price was intended for three units, but they are now receiving four units for the same price.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

K. Addendum to the agreement for an exchange without equalisation payment: Approval

Mayor De Smet states that the agreement in question was signed on 12 April 2024. The exchange agreement without equalisation payment includes many points that were already included in the notarial deed. The present addendum serves to clarify Article 5 to bring it into line with the originally intended purpose. It was also agreed that any fees, charges or registration costs incurred will be shared equally between the parties.

This item is unanimously adopted.

L. Notarial deed for the purchase of two flats: Approval

Mayor De Smet states that this agenda item concerns the purchase of two flats in the Pourpelt housing development. This acquisition follows the successful strategy of recent years: to act decisively when opportunities arise to steadily expand the municipality's stock of affordable housing. Specifically, the two residential units each include a basement storage room and a parking space. One flat is located on the ground floor, with a living area of 83.67 m², and comes with a garden and a terrace; the second flat, on the first floor, also has a living area of 83.67 m² and includes a balcony. The construction progress is currently around 70 percent, with full completion scheduled for 3 July 2026. As this is a purchase in a future state of completion, the price breakdown is set out in the notarial deed as follows: The land share amounts to 684,792.40 euros, while the total selling price for the flats is 1,038,095.60 euros. Of this amount, 726,666.92 euros has already been realised for work completed, while the remaining 311,428.68 euros will become due as the work progresses.

This item is unanimously adopted.



M. Notarial deed for the transfer without compensation: Approval

Mayor De Smet states that, in this case, it was necessary to reopen insolvency proceedings in order to formally resolve the situation. The matter concerns a pavement on Rue de Strassen that is to be transferred to the municipality. The area in question covers 47 m². As this land is to be integrated into the public space, the aspect of public interest is key in this case.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

06. Projects

A. Additional cost estimate for the construction of the new SEA “bei der Gemeng”: Approval

Mayor De Smet states that this concerns an additional cost estimate for the new SEA “bei der Gemeng”, which requires approval. The total is approximately 2,105,300 euros. With regard to how this additional budget is composed, it should be noted that the College of Aldermen conducted intensive negotiations and rigorously scrutinised every price increase and additional charge. Without this strict approach, the total would undoubtedly have been much higher.

Councillor Rauchs asks whether this relates solely to the SEA.

Mayor De Smet confirms that it does.

This item is unanimously adopted.

07. Finances

A. Settlement of extraordinary work: Approval

Alderman Lang states that this relates to work already completed. The estimated cost for the work at the B13 restaurant was 260,000 euros, while the actual cost came to 259,784.05 euros. For Rue de la Fontaine, the cost estimate was 3,075,000 euros, and invoices totalling 2,969,473.50 euros were received after completion of the work. The costs for the beach sand court were estimated at 400,000 euros, with the final total amounting to 376,578.49 euros. This means that the final costs for these three items remained below the estimated amounts.

Councillor Rauchs comments that he is pleased the wrangling over the beach sand court has now come to an end.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

08. Advisory Committees

A. Establishment of the SEA Advisory Committee

Mayor De Smet states that there are plans to revive the SEA Committee. Since children in Bertrange spend a significant part of their time at the SEA, it is important to establish a platform for the various stakeholders to engage in regular dialogue. The committee is composed as follows: one member of the Municipal Council who serves as chair, the head of the SEA, the “Beiestack” site manager, the “Bei der Gemeng” site manager, a deputy from the parents’ association, a representative of the parent representatives, and the chair of the school board.

Mayor De Smet states that the responsibilities of the committee include the general organisation of SEA activities such as the garden project, the forest project or cooking workshops, as well as the occasional organisation of events like the winter market. In addition, the committee works on developing new ideas and educational concepts. A key aim is to actively promote dialogue between the various parties involved, such as the school, the parent representatives and the parents’ association. Closer cooperation is intended to create synergies and encourage joint efforts on projects, rather than each party acting in isolation. It is explicitly noted, however, that personnel management does not fall within the remit of this group.

This item is unanimously adopted.

B. SEA Advisory Committee: Appointment of members

The following members are unanimously elected to the SEA Advisory Committee:

For the Municipal Council: Francine Moro

For the SEA management: Joëlle Rippinger

As “Beiestack” site manager: Jil Schaul

As “Bei der Gemeng” site manager: James Martins

As representative of the parents’ association: Ahmed Idrissi Ouedrhiri

As representative of the parent representatives: Marc Muller

09. Nature

A. Management plan for the municipal forests – 2026 financial year: Approval

Alderman Miller states that this item concerns the forestry management plan. It is becoming clear that the gap between expenditure and income is widening. Everything is becoming more expensive, while returns are decreasing. This is due to the fact that the local forester only removes resources from the forest that can naturally regenerate. Climate change also plays a key role in this. Due to increased drought, the forest is no longer growing back properly. As a result, wood is no longer being exported but is instead processed locally, such as for benches or bookcases. A national survey conducted in 2023 found that 80 percent of trees are in poor to very poor condition. Forty years ago, the situation was the opposite, with 80 percent of trees in good health. To counter this development, the forester removes diseased trees and replaces them with young oaks, as they are more resistant to drought. Despite this, the forest in Bertrange is not in a poor state. There has even been a sighting of a black stork in the riparian forest. The forester is responsible for maintaining both the forest and the forest paths. Native seeds are also being collected to help preserve local species. Invasive plant species, such as giant hogweed, are also being actively controlled. The oak processionary moth is becoming increasingly rare in our regions. The raccoon, however, continues to spread, as does the Asian hornet. There are also activities for children in the forest. This results in expenditure of 242,500 euros compared with income of 76,300 euros.

Mayor De Smet adds that they have a very good working relationship with the forester.



Councillor Rauchs remarks that every euro spent here is money well invested, and that the amount is modest in proportion to the work carried out.

Councillor Schuster thanks Alderman Miller for the detailed explanations, and she expresses her appreciation to the forester and his team for their work and exemplary forest management. She highlights the importance of a healthy forest both as a habitat for wildlife and a recreational space for citizens. She also voices concern about the issue of the Asian hornet. She regrets that there are currently only a few specialists available to deal with its removal. Given the rapidly rising number of cases in Germany, vigilance is also needed in Luxembourg.

Councillor Weirich agrees with the previous speakers. However, he suggests that larger signs should be installed in several places to remind people to stay on the designated paths. He also points out that the new wooden bridge poses a safety risk, as it becomes very slippery when it rains.

This item is unanimously adopted.

B. SICONA: Approval of the 2026 Action Programme

Alderman Miller states that this item also represents money well spent, as it concerns the Sicona syndicate. The aim is to become more resilient, which is why this investment is being made. The largest expenditure items relate to the maintenance of biotopes, hedge trimming and grazing of the moorland meadows, as well as the upkeep of orchards. New biotopes are also being created on an ongoing basis to provide habitats for additional species. These measures are subsidised by the state at up to 100%. A swallow tower will also be built to help preserve this bird species. The work for these measures amounts to 336,000 euros.

Councillor Rauchs asks whether a project with Sicona could be launched in the solar park, instead of just grazing sheep.

Mayor De Smet responds that the grazing was actually Sicona's suggestion. However, the topic could certainly be raised again.

This item is unanimously adopted.

C. Cost estimate for the repair of rural roads: Approval

Alderman Miller states that this concerns the cost estimate for the repair of country lanes. Specifically, it relates to the "Houkiermert" project, which has been budgeted at 131,500 euros.

This item is unanimously adopted.

10. Regional Museksschoul Westen

A. Adapted school organisation 2025/2026: Approval

Councillor Philippe states that this item concerns the revised school organisation of "Regional Museksschoul Westen". The provisional school organisation was already approved by the Municipal Council on 22 May 2025. For the 2025/2026 school year, the number of pupils stands at 2,693 (compared with 2,638 in the previous year). Registrations took place via QR codes and went smoothly. The municipality of Helperknapp tested a new app for this purpose, which is also expected to be used in other municipalities in future. In Bertrange, 81 pupils are enrolled in Éveil musical, 329 in Formation musicale, 303 in individual lessons and 516 in group courses. The most popular instruments remain the piano, percussion and guitar. This year will also see

the return of an educational project, choral singing, in collaboration with Cycles 2 and 3 of the Bertrange school. The cost per hour for the school year is 6,912.53 euros, which is 8.6 percent less than in the previous year. This is due to a surplus in income from the 2023/2024 school year, amounting to 2,250,000 euros. Without this surplus, the cost per hour would be 7,683.08 euros. A total of 76,985 minutes will be taught this year at a cost of 8,869,352.03 euros. For the municipality of Bertrange, this amounts to 13,615 minutes at a cost of 1,568,568.27 euros. State subsidies amount to 5,664,937.64 euros, with the municipality of Bertrange receiving 1,057,627.19 euros. This means the municipality's own contribution for the 2024/2025 school year comes to 646,178.23 euros.

Councillor Weirich notes that the theatre course is well attended, with 51 pupils enrolled across three group courses, i.e. around 17 pupils per course. Different year groups are mixed in these courses, which is enriching for everyone. Children are also interested in other art forms and disciplines, which is why he advocates expanding the range of courses on offer.

The Municipal Council unanimously adopts this item.

B. Amendment to the agreement with the UGDA: Approval

Councillor Philippe states that this concerns an amendment to the agreement concluded with the UGDA. For the 2025/2026 school year, 9,921,208.68 euros had originally been budgeted to cover the expected costs. This amount has now been revised downwards to 8,869,352.03 euros.

This item is unanimously adopted.

11. Traffic

A. Confirmation of emergency traffic regulations: Approval

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Cité Pourpelt that will be applicable from 31 October to 12 December 2025.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Cité am Wenkel that will be applicable from 24 November to 6 December 2025.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue Alphonse München that will be applicable from 4 to 28 November 2025.

Alderman Miller explains that this item is about a temporary traffic regulation in Rue de Strassen that will be applicable from 15 November to 15 December 2025.

12. Miscellaneous

A. Help for the victims in the Philippines

Mayor De Smet states that a donation of 15,000 euros will be made to the organisation "Doctors Without Borders" for the victims of the typhoon in the Philippines.

This item is unanimously adopted.

End of the meeting: 10:20 a.m.





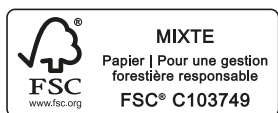




C o m m u n e d e B E R T R A N G E

2, beim Schloss · L-8058 Bertrange
Tél.: 26 312 - 1 · info@bertrange.lu

www.bertrange.lu



natureOffice.com/LU-319-2J1DNGJ

Imprimé par Imprimerie Centrale